Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Donnerstag. — Bezugspreis: 55 Goldpfennig monatlich zuzügl. 10 Pfg. Postzustellungsgebühr. — Bestellungen auf den „Politischen Wegweiser" nehmen alle Postämter und der Verlag Halle a. S., Leipzigerstr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zweigespaltene Nonpareille-Zeile 20 Goldpfg. — Im Reklameteil 1 Mk. — Anzeigen-Annahme durch Annoncen-Expedition Rud. Rochanski, Halle a. S., Wörthstr. 16. Tel. 2788. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle a. S., Leipzigerstr. 21. — Schriftleitung: Halle a. S., Leipzigerstr. 21. Tel. 1277. — Druck: Buchdruckerei der Hallischen Nachrichten, Gr. Ulrichstr. 16.

Nummer 6 | Halle (S.), Donnerstag, 16. April 1925 | 1. Jahrgang

Marx ist der Hüter der Einheit und Verfassung.

Es geht um Demokratie oder Klassenstaat, um Republik oder Monarchie.

Trotz alledem — für Marx!

Von

Professor D. **Baumgarten**, Kiel.*)

Der verdiente und über ganz Deutschland hin verehrte Kieler Theologe und Universitätsprediger bespricht hier mit befreiender Offenheit die Gewissensbedenken, die in manchen evangelischen und kulturell liberalen Kreisen durch die Kandidatur Marx hervorgerufen werden. Daß er seinerseits zu einer Ueberwindung dieser Bedenken sich durchgerungen hat, das wird bei dem Ansehen, das sich Professor Baumgarten in Vorkriegsjahrzehnten durch seine führende Tätigkeit im Evangelischen Bund und in der alten Nationalliberalen Partei erworben hat, nicht leicht ins Gewicht fallen.

Schriftl.

Eben zurückgekehrt von einer Reise nach Süddeutschland, trifft mich die Parole: Marx republikanischer Einheitskandidat! wie eine ungeheure Zumutung. Nicht bloß in Württemberg, wo das Zentrum in der Beseitigung des Ministeriums Hieber und im gemeinsamen Kampf mit den Deutschnationalen gegen die Demokratie Außerordentliches geleistet hat, auch in Baden und Bayern ist mir in protestantischen freisinnigen Kreisen die fast einheitliche Auffassung begegnet: die Zumutung, den Vorkämpfer der ultramontanen Kulturpolitik zu wählen, ist kaum tragbar.

Man erinnerte mich daran, daß Held bei der entscheidenden Verhandlung über das bayrische Konkordat sich darauf berufen hatte, Marx, der damalige Reichskanzler, habe die Vereinbarkeit des Konkordats mit der Reichsverfassung bestätigt, so daß man also von dem bewährten Führer in katholischen Schulfragen nichts anderes erwarten darf, als die Verwertung seiner hohen Stellung zur Propaganda von Konkordat, von Herrschaft des Priestertums über die Schule. Man behauptet in Baden, daß man genügende Erfahrungen gemacht habe mit der Ausnutzung der Vormachtstellung des Zentrums in der Besetzung von höheren Schul- und Richter- und Beamtenstellungen. Man bestritt, daß zumal im Abbau von protestantischen Direktoren in Baden wie im Rheinland nur eine Wiedergutmachung früherer Benachteiligung des katholischen Volksteils durch die vermeintlich überlegene protestantische Kultur erstrebt sei. Ohne die Behauptungen nachprüfen zu können, mußte ich doch den Eindruck zugeben, daß auf den berührten Gebieten das Zentrum die von den Protestanten durch ihre überwiegende Ablehnung von Monopolist und Demokratie mitverschuldete Vorherrschaft gründlich zur Unterwerfung der Schule, der Verwaltung und des öffentlichen Lebens unter den katholischen Geist ausgenützt hat. Es ist keine Frage, daß auch in Kreisen, die dem Evangelischen Bund und seiner jetzigen, den konfessionellen Gegensatz unerfreulich verschärfenden Leitung fernstehen, die Empfindlichkeit der Protestanten gegen die deutlich vordringende Macht des Katholizismus sich mehr und mehr ausbreitet. Und nun sollten wir dem katholischen Prestige eine so mächtige Förderung verschaffen, der Durchführung des Konkordats und der katholischen Schulideale im Reich solchen Vorschub leisten, daß wir dem Reichspräsidenten Ebert den Vorkämpfer und Exponenten der katholischen Kultur zum Nachfolger geben? Ich habe nicht wenige gut demokratische Freunde diese Zumutung als unerträglich bezeichnen hören.

Daß von dieser mehr noch stimmungs- als urteilsmäßigen Stellungnahme manches berechtigt ist, sollten sich auch die Zentrumsleute klar machen. Sie darf nicht leicht genommen werden. Wir hätten in der Tat gewünscht, daß den so gesinnten Kreisen diese Zumutung, die sie in einen Konflikt zwischen ihrem protestantisch-kulturellen und ihrem demokratisch-republikanischen Gewissen bringt, erspart würde. Aber wir möchten uns mit ihren Bedenken in folgendem auseinandersetzen.

Einmal dürfte unseres Erachtens jedem gerecht denkenden und objektiv urteilenden Deutschen die Anerkennung der staatsmännischen Verdienste Marx' in der auswärtigen wie in der inneren Politik, in der charaktervollen Durchführung der unbedingt notwendigen Erfüllungs- wie der über Bürgerblock und Volksverspaltung hinausführenden inneren Versöhnungspolitik zugemutet werden. Wenn wir an Ebert die taktvoll zurückhaltende, aber innerlich feste und zielsichere Haltung rühmten, so werden wir in Marx den würdigen Nachfolger Eberts sehen dürfen. Wir haben uns hoffentlich die vor dem Krieg in unseren Kreisen übliche Bearzwöhnung der nationalen und patriotischen Gesinnung der Zentrumsführer, als Folge auf der ultramontanen Einstellung in Kulturfragen notwendig nationalpolitischer Unzuverlässigkeit, inzwischen abgewöhnt. Es war anderes ist, wenn wir mit der Gebundenheit des überzeugten Katholiken an das katholische, antiprotestantische Kulturideal rechnen.

Hat nun aber Marx nicht vielfach bewiesen, daß er seinen Dienst an Volk und Vaterland wie Ebert überparteilich und überkonfessionell aufzufassen gelernt hat? Gewiß ist es für einen überzeugten Anhänger einer Partei, deren Ziele er als die allein heilsamen hochhält, überaus schwer, aus seiner Parteihaut herauszukommen, und unbewußt richtet er sich nach den lebenslang besolgten Idealen. Aber zu der Gewissenhaftigkeit und Gerechtigkeit des durchgebildeten staatsmännischen Charakters darf das Vertrauen gehegt werden, daß er, dem Vorbild Eberts folgend, sich aller Begünstigung seiner Partei und ihrer besonderen Ziele mit äußerstem Fleiße enthalten wird. Es dürfte auch von unserer Parteileitung aus dem Kandidaten nahegelegt werden, in dieser Beziehung bindende Zusagen zu geben.

Vor allem aber müßte der stimmungsmäßigen Unbehaglichkeit eine ruhige Erwägung dessen entgegengestellt werden, was ein Reichspräsident in seinem fest umgrenzten Amt schlimmstenfalls für seine Sonderinteressen leisten kann. Er muß sich — das hat Eberts Vorgang bewiesen — ungemein hüten vor jeder Bearzwöhnung seiner unparteiischen Regierungsführung; ja er muß sich gegen Zumutungen seiner nächsten Freunde spröder verhalten, als gegen solche ihm fernerstehender Leute. Marx kann am allerwenigsten vergessen, mit wie großem Argwohn er zu kämpfen hat. Er kann auch gar nicht beliebig eingreifen in die aktuelle Politik, für die allein der Reichskanzler verantwortlich ist, und bei dessen Berufung muß er vor allem die parlamentarische Situation berücksichtigen und selbst gegen seine eigene politische Einsicht sich entscheiden. Man kann sogar behaupten, daß ein Reichspräsident für seine eigene Partei und Politik zunächst verloren, als Parteipolitiker kaltgestellt ist.

Wer nun davon überzeugt ist, daß es bei dieser ersten Wahl des Reichspräsidenten in erster Linie darauf ankommt, einen unbedingt zuverlässigen, auch im Ausland als zuverlässig anerkannten Vertreter der Demokratie und Republik, der Arbeiterschaft wie Bürgerschaft umfassenden Volksgemeinschaft durchzusetzen, einen bei vielen trefflichen menschlichen und parteipolitischen Eigenschaften doch in seiner demokratischen, sozialen und republikanischen Zuverlässigkeit mit Recht beanstandeten Kandidaten fernzuhalten, der wird, nachdem nun einmal Marx als der allein mögliche Sammelkandidat der Verfassungstreuen bezeichnet ist, im Vertrauen zu seiner demokratisch-republikanischen Grundhaltung, zu seinem staatsmännischen Takt und zu seiner beherrschten staatsmännischen Klugheit alle konfessionellen und kulturpolitischen Bedenken überwinden und alles aufbieten, um dem hochverdienten und vielbewährten Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zum Sieg zu verhelfen.

*) „Frankfurter Zeitung", 7. April 1925.

Ein Aufruf des Volksblocks.

Vom Volksblock wird folgender Aufruf verbreitet: „An die Parteien des Volksblocks! Die Stunde der Entscheidung naht. Alle Kräfte müssen zusammengefaßt werden, um am 26. April einen glänzenden Sieg zu erringen. Es werden daher die Parteien des Volksblocks und die republikanischen Organisationen im ganzen Reiche aufgefordert, sich zusammenzuschließen und den Kampf für die Kandidatur Marx gemeinsam zu führen. Im Zusammenschluß liegt die Stärke, im einheitlichen Vorgehen die Kraft. Die Parteien des Volksblocks dokumentieren durch das gemeinsame Vorgehen das große Ziel, das sie verfolgen: für das Vaterland, für den Volksstaat, für die Republik! Schließt euch daher gemeinsam mit den verfassungstreuen Organisationen zusammen, bildet örtliche Ausschüsse, denn nur Geschlossenheit im Kampfe verbürgt den Sieg.

Der Volksblock."

Ein Ostergruß.

Von

Wilhelm Marx,

ehemaligem Reichskanzler,

Präsidentschaftskandidaten des Volksblocks.

Das Vertrauen weiter Volkskreise hat mir die Kandidatur für die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angeboten. Ich bin diesem Ruf gefolgt im vollen Bewußtsein, daß dieser Wahlkampf nicht nur um das höchste, sondern auch um das schwerste und verantwortungsvollste Amt der deutschen Republik geführt wird.

Ich sehe in dem frei gewählten Staatsoberhaupt das Sinnbild, aber auch den Hüter der deutschen Volkseinheit. Diese Einheit darf sich nicht in sprachlicher und staatlicher Gemeinschaft erschöpfen. Einheit des Geistes aber ist Uebereinstimmung Aller über die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens im eigenen Volk und über die Ziele für das Zusammenwirken mit allen anderen Völkern.

Die Grundlagen der sozialen Gemeinschaft im Volke aber scheinen mir zu sein: Freiheit des Einzelnen und Pflicht gegen die Gesamtheit. Wer sich dieser Pflicht bewußt ist, wird ethisch handeln, und innerhalb dieses Rahmens darf es keinem Einzelnen und keiner Gruppe verwehrt sein, nach freiem Ermessen seinem religiösen Bekenntnis zu folgen.

Ein Volk, das von diesem Geist erfüllt ist, wird ohne Schwanken auch das richtige Verhältnis zu den anderen Völkern finden. Und hier hat das deutsche Volk zwei Aufgaben: es muß seine Freiheit erringen, um dann seine Pflicht gegen die Gesamtheit, die Menschheit, zu erfüllen und erfüllen zu können.

Die deutsche Verfassung, die der Präsident des Reiches beschwören muß, zeigt den Weg, das alte schwarz-rot-goldene Symbol großdeutscher Einheit: das Ziel: die Freiheit Deutschlands und die Mitarbeit dieses freien Deutschlands an einer glücklicheren europäischen Zukunft.

Das deutsche Volk wird die Bestätigung seines berechtigten Selbstbewußtseins und die Erfüllung seiner nationalen Bestimmung künftig darin suchen, daß es mit anderen Völkern Achtung um Achtung tauscht.

Die Zeit, in der wir leben, ist nicht nur eine Zeit des Leides, sondern auch der Größe. Ist wahrhaft österliche Zeit. Millionen arbeitender Menschen suchen nach Verständnis, verlangen Vertrauen und sind auch bereit, neuer Führerschaft ihr Vertrauen zu schenken. Aber Millionen Herzen, die bisher im Alltäglichen befangen und gefangen waren, suchen heute auch wieder den Weg aus den Wirrnissen des materiellen Daseins zur höheren Erkenntnis. Möchte dieses Suchen und Sehnen nun auch seine mutige Stimme finden, jetzt, wo es die höchsten Lebens- und Zukunftsfragen der Nation gilt. Nicht um der einzelnen Person, nein, um der Nation willen.

Mögen Freiheit und sittliche Pflicht über alle Interessen und Parteien hinweg zum Bekenntnis des ganzen deutschen Volkes werden. An diesem Ziel mitzuwirken, ist mein ganzes Streben, wohin auch der Wille und das Vertrauen des Volkes mich stellen mag.

Der Kandidat des Rechtsblocks

Von

Erich Koch (Weser),

M. d. R.,

1. Vorsitzender der D. D. P.

Das Unglaubliche ist wahr geworden. Der Rechtsblock hat als seinen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl den Generalfeldmarschall von Hindenburg aufgestellt. Das ist eine Kandidatur, die der Volksblock vom Standpunkt politischer Taktik aus gern sehen wird, die er aber, wie jeder Patriot, vom nationalen Gesichtspunkt aus bedauern muß.

Das deutsche Volk ist politisch zerrissen. Wer sich politisch herauswagt, wird von der gegnerischen Presse öfter, als es gut ist, nicht nur in seinen Fähigkeiten, sondern auch in seinem Charakter und in seinem moralischen Ansehen verrissen. Nur wenige Männer stehen dem ganzen Volke verehrungswürdig vor Augen, nur wenige stehen auf so ruhiger, abgeklärter Höhe, daß sie der Lärm und der Zank des Tagesgewühls nicht erreicht. Zu diesen Männern gehört in erster Linie Hindenburg. — Aber wenn sie herabsteigen in den politischen Kampf, so wird zwar kein anständiger Gegner sie schmähen oder verspotten, aber er wird ernsthafte fragen müssen, ob sie für die Stelle, für die sie bestimmt sind, geeignet und noch geeignet sind. Und mit Wehmut und Bitterkeit wird man feststellen müssen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg in die Lage gebracht wird, sich um ein Amt zu bewerben, das er nicht mehr so ausfüllen kann, wie es das Wohl des deutschen Volkes verlangt. Gerade wer in dem Reichspräsidenten nicht eine bloße Präsentationsfigur, sondern ein wertvolles Korrelat zu einer einseitigen und übertriebenen Parlamentsherrschaft sieht — diese Auffassung entspricht der deutschen Verfassung —, wird wünschen müssen, daß ein Mann, der das politische Leben kennt, und sich in die heutige Zeit hineinzuversetzen vermag, dieses Amt bekleidet. Hindenburg wird in diesem Amt eine Präsentationsfigur bleiben oder seine Autorität verbrauchen. Es bleibt ein schweres Unrecht an Hindenburg und am deutschen Volke, ihn zum Träger dieser Kandidatur zu machen.

Taktische Gründe würden sonst dem Volksblock diese Kandidatur erfreulich erscheinen lassen müssen. Die Zeiten von 1919, wo das deutsche Volk glaubte, daß ein bewährter General sein Schicksal zum Besseren wenden konnte, sind vorüber. Hindenburg ist der Mann des Einst. Wir brauchen aber einen Mann des Jetzt. Fast das ganze Volk hat begriffen, daß es kein Zurück mehr gibt, sondern daß wir auf neuen Wegen wandeln und die Erfahrung der letzten sechs Jahre verwerten müssen, um vorwärts schreiten zu können. Alle Beteuerungen der Rechten gingen bei der Aufstellung der Kandidatur Jarres dahin, daß Jarres auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse stehe und auf ihm fortschreiten werde. Darf man dasselbe dem Generalfeldmarschall von Hindenburg wirklich zumuten?

Das Schlimmste ist, daß Hindenburg der Kandidat nur der Rechtsparteien ist. Will man wirklich noch behaupten, daß eine Kandidatur, die die Deutschnationalen und die Bayrische Volkspartei aufgestellt und die sie der Deutschen Volkspartei nach langen Verhandlungen zwischen den Parteien aufgezwungen haben, eine überparteiliche Kandidatur sei? Niemand wird es glauben. Hindenburg wird aus einem Mann des Volkes ein Mann der Rechten.

Wie ist mir? Als es sich im ersten Wahlgange um die Kandidatur Geßler handelte, da hörte man aus den obersten Kreisen der Deutschen Volkspartei dagegen außenpolitische Bedenken. Sonderbar genug, daß solche Bedenken bei der Wahl des obersten Führers des deutschen Volkes erhoben wurden, während früher es uns stets als vaterlandslos ausgelegt wurde, wenn wir bei der Auswahl von Ministern, die unmittelbar mit dem Auslande zu verhandeln hatten, eine Rücksicht auf die Verhandlungsfähigkeit solcher Minister im Ausland verlangten. Aber sollten diesselben Kreise, die damals einen Reichspräsidenten, Geßler, dessen Wahl sich nicht nur auf die Parteien der Rechten, sondern auch auf Demokraten und Zentrum gestützt hätte, für außenpolitisch bedenklich ansahen, der nur durch die Rechtsparteien gewählten Feldmarschall von Hindenburg für außenpolitisch unbedenklich ansehen? Wir sehen in dieser Hinsicht einem neuen außenpolitischen Gutachten der maßgebenden Stelle mit großer Spannung entgegen. — Die Antwort der Volkspartei wird allerdings sein, daß sie nicht anders gekonnt hat, und darin hat sie recht. Man versucht nicht ungestraft, Politik mit Leuten zusammen zu machen, mit denen sich heute schlechterdings noch keine vernünftige Politik machen läßt. Die Deutsche Volkspartei ist, seitdem sie die Politik der Mitte, die sie maßgebend beeinflussen konnte, preisgegeben hat, so sehr der Gefangene der Rechten geworden, daß man sie kaum noch für ihre Handlungen verantwortlich machen kann.

Das deutsche Volk aber wird es beklagen, daß parteipolitischer Fanatismus ihm und dem deutschen Reich wiederum die Fensterscheiben zerschlägt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250416-11/fragment/page=0001

Der Reichspräsident muß den Schwur auf die deutsche Republik mit seiner Ueberzeugung decken können.

Wählt Marx! **Wählt Marx!**

Die Verleumdung als Waffe der Gegenrevolution.

Von

Anton Erkelenz (Düsseldorf)

Mitglied des Reichstags, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei.

Ob Deutschland eine Revolution durchlebt hat, das ist eine Frage, die, obschon immer noch strittig, überwiegend verneint wird. Wir wollen sie hier nicht erneut beantworten; sicher ist, daß wir seit Jahren in zwingender Folge eine Reihe von Ereignissen erleben, die erfahrungsgemäß stets aus Revolutionen zu entstehen pflegen. Jetzt stehen wir in einem Entwicklungsabschnitt, den man als den Sumpf bezeichnen könnte. Um Worte und Begriffe braucht man nicht sehr zu streiten, wenn man sich klar ist, was sie umschreiben sollen. Mit diesem Vorbehalt kann man sagen: wir haben zwei Revolutionen erlebt, eine politische und eine wirtschaftliche. Politisch wurden die alten Herrenkasten der formalen politischen Macht entsetzt. Die wirtschaftliche Revolution zerschlug die Vermögen der Renner, Prasser, Waisen und Sparer, wirbelte einige hunderte Milliarden Vermögen durcheinander und verdarb die Moral des Volkes. Beides aber sind Ereignisse, die in Ursache und Wirkung getrennt sind, die wenig miteinander zu tun haben. Die wirtschaftliche Revolution entstand unabhängig von der politischen, mindestens brauchte die letztere nicht die erstere zur Folge zu haben, wenngleich ein Zusammenspiel von politischem Unterstand und Rachegefühlen von der ersten zur zweiten, von der politischen zur wirtschaftlichen Revolution mitgeführt hat. Aber beide Revolutionen enden nun in einem Sumpf. Die wirtschaftliche Revolution hat, beginnend mit dem Kriege, die Moral zerrissen. Sie hat zu Fällen wie Barmat, Höfle, Bauer, Weber, v. Karlowitz usw. geführt. Und es wird wahrscheinlich nicht bei diesen Erscheinungen bleiben.

Hier soll uns mehr die politische Revolution mit ihren Folgen beschäftigen. Es hat in keinem größeren Lande der Erde eine so unblutige Revolution gegeben wie in Deutschland. Die englische, die französische, die russische Revolution sind Zeugen für diese Behauptung. Nirgendwo haben die alten Mächte, die verdrängten Mächte, für ihre Ueberzeugung und ihre Interessen so wenig körperlichen Mut gezeigt wie in Deutschland. Niemand hat für Wilhelm II. und sein System sein Leben geopfert. Niemand würde es heute opfern. Nenne man das Klugheit oder Feigheit, das Ergebnis ist das gleiche. Selbst im Augenblick, als das demokratische System am schwächsten, im Oktober und November 1923, als der passive Widerstand im Ruhrgebiet beendet war, brachte die Gegenrevolution, als höchstmögliche Kraftbetätigung, die Münchener Hitler-Revolution auf die Beine.

Aber in einem ist die deutsche Gegenrevolution kraftvoll, energisch, rücksichtslos, nämlich in der Handhabung der Waffe der Verleumdung. In allen Revolutionen ist die Verleumdung eine sehr beliebte Waffe gewesen. Längst, wenn die Kämpfe mit den Waffen verstummt waren, wenn auch die Waffe des Weißes, der Idee eingerostet oder erschöpft war, wütete die Waffe der Verleumdung noch weiter. Nur: in allen anderen Revolutionen wurde auch gekämpft, wurde um das Leben gewirkelt, stiegen mutige Männer und Frauen für ihre Ideen aufs Schaffot. Und in solchem Rahmen mag selbst die sonst schmutzige Waffe der Verleumdung noch etwas Versöhnendes, ja, ein Stück von Größe haben. Es ist wohl einzig bei deutsche Revolution, richtiger die deutsche Gegenrevolution, die nur mit der Verleumdung kämpft. Und die deutsche politische Revolution steht jetzt wie nie im Sumpfe der Verleumdung. Der Schmutz dazu wird aus dem ach so unparteiischen Sumpfe der erwähnten wirtschaftlichen Revolution, die sich sonst Inflation nennt, entnommen.

Es scheint, daß die Verleumdung die einzige oder mindestens die erste Waffe der politischen Gegenrevolution ist. Die Waffe der Revolution war sie nicht. Die deutschen Revolutionäre waren gelegentlich brutal, sehr oft naiftos, wenn es erlaubt ist, diesen, dem Salon entstammenden Begriff auf politische Umwälzungen anzuwenden. Die Kommunisten arbeiten, wie der Leipziger Prozeß zeigt, mit der Waffe des Meuchelmordes. Auch haben wir einige Fälle erlebt, in denen mit viehischer Brutalität gehandelt wurde. Selbst aber die radikalste Linke ist in der Handhabung der Verleumdung als Waffe geradezu naiv. Diese anrüchige unmoralische Waffe ist bisher das Privileg der Gegenrevolution, der Rechten geblieben. Man denke an die Verleumdungen gegen Erzberger, gegen Rathenau, gegen Wirth, neuerlich gegen Ebert und gegen zahlreiche andere Führer der Demokratie. Im Falle Erzberger hatte Helfferich wenigstens noch den Mut, sich selbst in die Bresche zu stellen. Seitdem halten sich die großen Geister im Hintergrunde, waschen ihre Hände in Unschuld, verkehren in honoriger Gesellschaft, drücken z. B. gelegentlich sogar Herrn Ebert die Hand. Aber desto beliebter sind die Gantzer, Rothardt, Tannenzapf, die Ifdor Kreil und Genossen, die obsturen Geister, die aus der unbekannten Dunkelheit kommen, eine Weile durch ihre Verleumdung im hellen Kattlicht stehen und dann wieder in der Dunkelheit verschwinden. Und man würde fast glauben, diese kleinen verleumdeten auf eigene Rechnung, wenn man sich nicht sagte, daß auch eine große Verleumdungskampagne viel Geld kostet, und deshalb irgendwo im Hintergrunde Dukatenmännchen sitzen müssen. Die Verleumdung ist seit Jahrzehnten die beste Waffe der deutschen Reaktion. Sie ist dort erbsen eigentümlich, gehört zum eisernen Bestande. Das hat vor siebzig Jahren Waldeck erfahren, das erfuhren Ziegler, Harkort, Lasker und manche andere zu ihrer Zeit. Und mehr als damals verfügt die Reaktion heute über die Hugenberg-Presse, deren Lebenselement die Verleumdung aller Republikaner und Demokraten ist.

Urteilen wir nüchtern: die Verleumdung ist die gefährlichste Waffe der deutschen Reaktion. Sie kämpft mit der Biedermeiermiene gegen „Korruption". Und nicht nur, nicht einmal in erster Linie gegen wirkliche Korruption. Du lieber Gott, auch in der Redaktion des „Tag" weiß man, daß die Geschäfte der Barmat und Genossen nur Teilausschnitte sind aus einem gegen Sündenpfuhl, in dem sich auch zahlreiche, gut „national" und monarchistische Helden wälzen. Was wäre den Herrschaften Jesko Barmat oder Julius Kutisker, wenn man damit nicht Ebert oder sonstige Republikaner treffen könnte? Wie schweigsam würde es um den Fall Höfle oder Lange-Hegermann werden, wenn das Zentrum sich entschließen könnte, mit vollen Segeln in den Rechtskloß zu steuern! Die Verleumdung — durch offene Beschimpfung oder durch Verschweigung der Wahrheit — gilt der Republik und ihren Vertretern. Der Landjunker soll als der einzige ehrliche und biedere Mensch erscheinen. Der Spießer soll, glauben, alle Republikaner seien anrüchig, unehrlich, „höflich". Vielleicht mag es gar bei der Republik zunächst bleiben, aber dann sei es wenigstens die Republik der Kraut- und Schlotjunker.

Doch darauf kommt es an: was tun die anständigen Menschen aller Parteien in Deutschland gegen das Gift der Verleumdung? Ausdrücklich die anständigen Menschen aller Parteien, denn man darf wohl hoffen, daß es auch auf der Rechten noch einige Leute gibt, die sich mit Abscheu abwenden von dem schmutzigen Gift der Verleumdung. Wir haben als Volk nur zwei Wege. Entweder wir verjumpfen und ersticken in dieser Atmosphäre der Verleumdung. Oder der Schlammvulkan ruft eine moralische Gegenwirkung hervor, in der sich eine „Sog zum Schutze von Anstand, Gesittung und persönlicher Ehre" bildet. Sie hätte reichlich Arbeit. Sie hätte alle Elemente der Korruption und Unehrlichkeit, jene Giftblasenerzeugnisse der Inflation auszubrennen, ohne Unterschied der Person, der politischen Gesinnung und der Partei. Aber sie hätte ebenso sehr, vielleicht noch mehr, die Aufgabe, das viel gefährlichere Gift der Verleumdung zu bannen. Sie hätte den Verleumder zu infamieren, ihn aus der Gesellschaft anständiger Menschen zu verjagen. Sie müßte die persönliche Ehre im öffentlichen Leben schützen, müßte härtere Strafen erwirken gegen politische Verleumdung. Sie müßte eine Atmosphäre wahrhaft nationaler Brudergesinnung im Lande schaffen. Vielleicht könnte sie sogar, wenn solche neue Gesinnung wie ein Sturmwind in alle Ecken fegt, eine Luft schaffen, in der auch die Justiz sich wieder auf ihre Aufgabe besinnen könnte, nämlich die persönliche Ehre der Bürger aller Parteien zu schützen und nicht, wie jetzt, die Ehre der Republikaner zum Spielball gegenrevolutionärer Verleumdung werden zu lassen.

Das wäre eine Aufgabe, wie sie sicher so groß vorlag. Das wäre der Beginn einer neuen, einer dritten, einer geistigen Revolution. Einer Revolution, die wieder den Bürgergeist erweckt, die wieder anständige Gesinnung schafft, einen neuen Geist erzeugt, alles in allem: die Deutschland wieder zu einem Kulturvolk macht. Heran, ihr Kulturpolitiker, ihr Würdenträger der Kirchen! Heran, ihr anständigen Menschen aus allen Lagern: tötet die Ratten, die eine moralische Pest erzeugen! Räuchert die Gesinnungstunperei aus!

Ritt übern Bodensee.

Von

Ludwig Quidde.

Wir geben nachfolgenden Ausführungen um so lieber Raum, als wir mit dem verehrten Verfasser völlig übereinstimmen. Wir nehmen an, daß auch anders eingestellte Parteifreunde diese sachlichen Darlegungen begrüßen werden, um so mehr, als sie ich keineswegs gegen die Person Dr. Geßlers und seine großen Verdienste wenden.

Schriftl.

Ein deutscher Republikaner, der am Morgen des 13. März aus den Zeitungen erfuhr, wie nahe der Verwirklichung die „Einheitskandidatur" Geßler gewesen war, muß sich vorgekommen sein wie der Reiter über den Bodensee. Aber obgleich die Kandidatur somit eine abgetane Sache ist, wird es nützlich sein, von ihr noch zu sprechen, nicht so sehr um an dem Geschehenen Kritik zu üben, als um für die Zukunft daraus zu lernen und Fehler wie die jetzt begangenen zu vermeiden.

Wir erwarten den Bericht der militärischen Kontrollkommission. Dieser Bericht wird Aufklärungen erheben wegen Verschlungen gegen die Entwaffnungsvorschriften des Versailler Vertrages. Nehmen wir einmal an: in der Hauptsache unbeechtigte oder auf stark umstrittener Auslegung des Vertrages beruhende, daneben sicherlich auch berechtigte — denn Reichskanzler Dr. Luther hat ja selbst solche Verfehlungen schon zugestanden —, von denen man vielleicht wird sagen können, daß sie zeitlich und ursächlich hinter uns liegen und seine praktische Bedeutung mehr haben. Das ist der günstigste Fall. Möglich auch, daß man es mit schlimmeren Beschuldigungen zu tun haben wird. Der politisch in erster Linie verantwortliche Mann ist der Reichswehrminister. Er wird auf die Anklagen zu antworten oder die Erklärungen der Heeresleitung zu decken haben. Der Reichstag wird gar nicht umhin können, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, vor dem sich der Reichswehrminister wird zu verantworten haben.

Darf man in einer solchen Lage den Reichswehrminister zum Reichspräsidenten machen? Das heißt doch: den eben gewählten Reichspräsidenten in die Schußlinie außen- und innenpolitischer Angriffe bringen, in eine für den Inhaber der höchsten Würde der Deutschen Republik ganz unmögliche Situation! Der neu gewählte Reichspräsident Geßler würde wahrscheinlich in die Lage gekommen sein, zurücktreten zu müssen, um dem Reichswehrminister Geßler freien Spielraum zur Behandlung des Berichtes der militärischen Kontrollkommission zu geben. In eine solche Lage durfte man weder Geßler noch die Republik bringen, es sei denn, man verfolgte die Absicht, beide peilos zu kompromittieren.

Ob die Deutschnationalen, als sie sich einer Kandidatur Geßler günstig zeigten, tückische Hintergedanken dieser Art gehegt haben, weiß ich nicht. Die Demokraten keinesfalls. Sie sahen einfach die Gefahr nicht. Weshalb? Ich kann mir nur denken: weil sie die Frage des Kontrollberichtes und der Entwaffnung zu leicht nahmen. Trotz der Verbindung dieser Frage mit der Räumung der Kölner Zone.

Um sich gegen Mißdeutung zu schützen, möchte ich kurz sagen, daß auch ich in der Begründung des Verbleibens in Köln durch deutsche Verfehlungen gegen die Entwaffnungsverpflichtungen nie etwas anderes als einen Vorwand gesehen habe. Die wirklichen Gründe stehen im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung und dem französischen „Sicherheitsbedürfnis. Die Verfehlungen gegen die Entwaffnungsvorschriften bedeuten keine Bedrohung des europäischen Friedens und keine Gefahr für Frankreich; sie nähren nur eine der friedlichen Verständigung schädliche Gesinnung im In- und Ausland, untergraben außenpolitisch das Vertrauen in unsere Verständigungspolitik und sind innenpolitisch eine wirklich große Gefahr. Darum wird auch, wenn die Note der Entente endlich vorliegt, mit sämtlichen Beschuldigungen, sowohl mit denen der Note, wie mit allen anderen, reiner Tisch gemacht werden müssen.

Die Lehre aus dem Zwischenfall? Man darf diese Fragen, in denen sich Innen- und Außenpolitik berühren, nicht so leicht nehmen, sondern muß jede Maßnahme, die in sie eingreift, bis in die letzten Konsequenzen überlegen.

*

Es war ja offenbar vielen Demokraten bei der von der Wirtschaftspartei vorgeschlagenen Kandidatur Geßler nicht recht wohl. Das Geschehene, was von demokratischer Seite geschah, war die Ausgrabung von Geßlers so erfreulich entschiedener schwarz-rot-goldener Leipziger Rede aus dem letzten Wahlkampf. Sie wurde gleichzeitig im Berliner Tageblatt und in der Vossischen Zeitung wieder abgedruckt. Die Wirkung war offenbar die, den Deutschnationalen die Zustimmung zur Kandidatur Geßler zu erschweren. Der Zweck? Selbstverständlich nur den Demokraten die Kandidatur Geßler zu empfehlen. Das sagte man; aber manche, die das sagten, schmunzelten so vielsagend dazu, daß man eine lebendige Vorstellung davon bekam, wie römische Auguren gelächelt haben.

Wenn man sichtlich starke Bedenken hatte: weshalb sagte man dann aber Ja zu dem Vorschlag der Wirtschaftspartei? Ueberall bekam man die Antwort: Wir konnten ein Mitglied unserer eigenen Partei, einen überzeugten Demokraten und Verteidiger der Republik, doch unmöglich ablehnen, wenn andere Parteien uns die Kandidatur entgegenbrachten! Mit Verlaub: das Zentrum hat das doch anscheinend mit der Kandidatur Stegerwald getan? Man brauchte ja auch gar nicht die Person abzulehnen, man brauchte nicht einmal die Komplikationen in der Entwaffnungsfrage geltend zu machen — man brauchte sich nur auf die bisher festgehaltene Grundlinie der Demokratischen Politik: Unter keinen Umständen eine Gruppierung „Hie Bürgertum, hie Sozialdemokratie!" zurückzuziehen.

Der Vorschlag der Einheitskandidatur Simons war ein ausgezeichneter Gedanke; er war ja aber so gemeint, daß die Sozialdemokratie dann auch ihre Kandidatur Braun zurücknehmen sollte. (? Schriftl.) Das hätte sie vielleicht getan, denn Simons als Reichspräsident wäre für sie durchaus annehmbar gewesen. Ein Verzicht der Sozialdemokratie zugunsten einer Kandidatur Geßler dagegen mußte von vornherein als ganz ausgeschlossen erscheinen. Aus der Einheitskandidatur wurde also eine Sammelkandidatur der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Der Wahlkampf wurde nicht vermieden, sondern in unheilvollster Weise verstärkt.

Wenn man Demokraten, die für die Kandidatur Geßler eintraten, darauf hinwies, daß damit tatsächlich eintrafe, was die Partei immer konsequent abgelehnt habe — die Zusammenschließung eines Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie; die Zerschlagung der Weimarer Koalition mit kaum zu vermeidenden Folgen für die Regierungsbildung in Preußen; die Zertrümmerung des Reichsbanners; die Vernichtung des republikanischen Einheitswillens, der sich bei den letzten Reichstagswahlen so erfreulich stark gezeigt hat —, dann erhielt man zweierlei zur Antwort: erstens, die Demokratische Partei sei weit entfernt, das zu wollen und werde im Wahlkampf diese Deutung energisch ablehnen — als ob es darauf ankäme, was man gewollt und gemeint hat, und nicht vielmehr auf das, was man tut —, und zweitens, daran sei die Sozialdemokratie mit ihrer Sonderkandidatur schuld. Es liegt auf der Hand, daß das nicht stimmt. Die Sozialdemokratie hat leider durch ihre Sonderkandidatur die republikanische Einheitskandidatur im ersten Wahlgang unmöglich gemacht und damit auch die Demokraten zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten genötigt; aber sie hatte den Weg zur republikanischen Einheitskandidatur im zweiten Wahlgang durchaus offen gelassen. Die Kandidatur Geßler würde diesen Weg vollständig und unwiderruflich versperrt und damit die Demokratische Partei, die sich gegen die Verfehrung ihres Vorschlages einer Einheitskandidatur nicht gemehrt hatte, einer ungeheuren Verantwortung beladen haben. Alles, was in entsagungsvoller Arbeit erreicht zu haben grade sie sich rühmen konnte, wäre zusammengefallen.

Die Lehre: man darf sich nicht durch Vorschläge über den Fehler eines anderen von der klaren Grundlinie der eigenen Politik abdrängen lassen.

Dieses Mal ist uns der Sturz in den Abgrund noch gerade erspart geblieben. Aber nur haarscharf sind wir an der Gefahr vorbeigekommen. Das Schicksal wird uns nicht immer so wohl wollen. Die's angeht, sollten es nie mehr herausfordern.

Demokraten!

Euer Parteiblatt ist der

„Politische Wegweiser"

Werbt Abonnenten unter Mitgliedern und Freunden!

„Zum Ewigen Frieden".

Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem künftigen Kriege gemacht worden . . .

Stehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg, durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen. . . .

Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem anderen Staat solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen. . . .

Was aber das Recht der Gleichheit aller Staatsbürger, als Untertanen, betrifft, so kommt es in Beantwortung der Frage von der Zulässigkeit des Erbadels allein darauf an: „ob der vom Staat zugestandene Rang (eines Untertans vor dem andern) vor dem Verdienst oder dieses vor jenem vorhergehen müsse. Nun ist offenbar: daß, wenn der Rang mit der Geburt verbunden wird, es ganz ungewiß ist, ob das Verdienst (Amtsgeschicklichkeit und Amtstreue) auch folgen werde; mithin ist es ebenso viel, als ob er ohne alles Verdienst dem Begünstigten zugestanden würde (Befehlshaber zu sein); welches der allgemeine Volkswille in einem ursprünglichen Vertrage (der doch das Prinzip aller Rechte ist) nie beschließen wird. Denn ein Edelmann ist darum nicht sofort ein edler Mann . . .

Nun hat aber die republikanische Verfassung, außer der Lauterkeit ihres Ursprungs, auch den reinen Quell des Rechtsbegriffs entsprungen zu sein, noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den ewigen Frieden. . . .

Der Unterschied der europäischen Wilden von den amerikanischen besteht hauptsächlich darin, daß, da manche Stämme der letzteren von ihren Feinden gänzlich sind gegessen worden, die ersteren ihre Ueberwundenen besser zu benutzen wissen, als sie zu verspeisen, und lieber die Zahl ihrer Untertanen, mithin auch die Menge der Werkzeuge zu noch ausgebreiteteren Kriegen durch sie zu vermehren wissen. . . .

Bei der Bösartigkeit der menschlichen Natur, die sich im freien Verhältnis der Völker unverhohlen blicken läßt (indessen daß sie im bürgerlich-gesetzlichen Zustande durch den Zwang der Regierung sich sehr verschleiert), ist es doch sehr zu verwundern, daß das Wort Recht aus der Kriegspolitik noch nicht als pedantisch ganz hat verwiesen werden können, und sich noch kein Staat erkühnt hat, sich für die letztere Meinung öffentlich zu erklären. . . .

Diese Huldigung, die jeder Staat dem Rechtsbegriffe (wenigstens den Worten nach) leistet, beweist doch, daß eine noch größere, ob zwar zurzeit schlummernde, moralische Anlage im Menschen anzutreffen sei, über das böse Prinzip in ihm (das er nicht ableugnen kann) doch einmal Meister zu werden, und dies auch von andern zu hoffen . . . .

. . . Indessen daß doch die Vernunft vom Throne der höchsten moralisch gesetzgebenden Gewalt herab den Krieg als Rechtsgang schlechterdings verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht, welcher doch ohne einen Vertrag der Völker unter sich, nicht gestiftet oder gesichert werden kann; — so muß es einen Bund von besonderer Art, den man den Friedensbund (foedus pacificum) nennen kann, der vom Friedensvertrag (pactum pacis) darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu endigen suchte . . .

Nach einem beendigten Kriege, beim Friedensschlusse, möchte es wohl für ein Volk nicht unschicklich sein, daß nach dem Dankfeste ein Bußtag ausgeschrieben würde, den Himmel, im Namen des Staates, um Gnade für die große Verirrung anzurufen, die das Volk, indem sie sich immer noch immer zuschulden kommen läßt, sich keiner gesetzlichen Verfassung, im Verhältnisse auf andere Völker, fügen zu wollen, sondern stolz auf seine Unabhängigkeit, lieber das barbarische Mittel des Krieges (wodurch doch das, was gesucht wird, nämlich das Recht eines jeden Staates, nicht ausgemacht wird) zu gebrauchen. Die Dankfeste während des Krieges über einen erfochtenen Sieg, die Hymnen, die (auf gut Israelitisch) dem Herren der Heerscharen gesungen werden, stehen mit der moralischen Idee des Vaters der Menschen in nicht minder starkem Kontrast; weil sie außer der Gleichgültigkeit wegen der Art, wie Völker ihr gegenseitiges Recht suchen (die traurig genug ist), noch eine Freude hineinbringen, recht viel Menschen oder ihr Glück vernichtet zu haben . . .

Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhandgenommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, daß die Rechtsverletzung an einem Platze der Erde an allen gefühlt wird, so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische oder überspannte Vorstellung des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der continuierlichen Annäherung zu befinden, nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf . . .

Der Krieg aber selbst bedarf keines besonderen Bewegungsgrundes, sondern scheint auf die menschliche Natur gepfropft zu sein, und sogar als etwas Edles, wozu der Mensch durch den Ehrtrieb, ohne eigennützige Triebfedern, beseelt wird, zu gelten: so, daß Kriegesmut (von amerikanischen Wilden sowohl als von europäischen, in den Ritterzeiten) nicht bloß, wenn Krieg ist (wie billig) sich zeigen muß, daß Krieg sei, von unmittelbarem großem Wert zu sein beurteilt wird, und er oft bloß, um jenen zu zeigen, angefangen, mithin in dem Kriege an sich selbst eine innere Würde gesetzt wird, sogar daß ihm auch wohl Philosophen, als einer gewissen Veredlung der Menschheit, eine Lobrede halten, unangesehen des Ausspruches jenes Griechen: „Der Krieg ist darin schlimm, daß er mehr böse Leute macht, als er deren wegnimmt." Sowiel von dem, was die Natur für ihren eigenen Zweck, in Ansehung der Menschengattung als einer Tierklasse, tut . . .

Nun ist die republikanische Verfassung die einzige, welche dem Rechte der Menschen vollkommen angemessen, aber auch die schwerste zu stiften, vielmehr doch zu erhalten ist, vermaßen, daß diese behaupten, es müsse ein Staat von Engeln sein, weil Menschen mit ihren selbstsüchtigen Neigungen einer Verfassung von so sublimer Form nicht fähig wären. . . .

Die Staatsweisheit wird sich also in dem Zustande, worin die Dinge jetzt sind, Reformen, den Idealen des öffentlichen Rechts angemessen, zur Pflicht machen: Revolutionen aber, wo sie die Natur von selbst herbeiführt, nicht zur Beschönigung einer noch größeren Unterdrückung, sondern als Ruf der Natur benutzen, eine auf Freiheitsprinzipien gegründete gesetzliche Verfassung, als die einzige dauerhafte, durch gründliche Reformen zustande zu bringen. . . . .

Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der Ewige Friede, der auf die bisher fälschlich sogenannten Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näher kommt.

Immanuel Kant,
geboren 22. April 1724.

Die kriegerischen Nazarener.

Ihr mögt von Kriegs- und Heldenruhm
Soviel, und wie Ihr wollt, verkünden;
Nur schweigt von Eurem Christentum,
Sprecht nicht aus kanonenschlünden.
Bedürft Ihr Proben Eures Muts,
So schlagt Euch wie die Heiden weiland,
Vergießt, so viel Ihr müßt, des Bluts,
Nur redet nicht dabei vom Heiland.
Noch gläubig schlägt das Türkenheer
Die Schlacht zum Ruhme seines Allah;
Wir haben keinen Odin mehr,
Tot sind die Götter von Walhalla.
Geld, was Ihr wollt, doch ganz und frei,
Auf dieser Seite wie auf jener;
Verhaßt ist mir die Heuchelei
Der kriegerischen Nazarener.

Friedrich v. Bodenstedt,
geb. 22. April 1819, gest. 18. April 1892.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250416-11/fragment/page=0002

Pessimismus der Zeit

Von

Waldemar Krause.

Wie eine Seuche hat er uns befallen, der Geist der Verneinung. Das Volk sieht täglich Versuche, Ansätze, Kämpfe um vorwärtsdringende Reformen, sieht an exponierten Posten Einzelkräfte wirken, Gedanken und Ideen auftauchen im Meinungsstreit der Tage. Kühl, entsagend, mit dem schmerzenden Gefühl, Hoffnungen zu begraben, wendet man sich ab: Es geht nicht! Empfindenden Menschen bedeutet dieses Abseitsstehen ein Schmerz — leichteren Naturen wird es leicht, entbindet dies „Es geht nicht!" von Verpflichtungen zur Mitarbeit. Nicht prinzipielle Gegnerschaft, nur mangelnder Glaube, mangelnder Mut zum Vertrauen auf das mitlebende, mitschaffende Volk.

Die vergangenen Jahre haben Werte vernichtet, menschliche Körper zerrüttet, getötet, Seelen verstört. Vorwärtsstrebende, um Neues ringende Menschen sahen sich allein, verlassen, trotz begonnenes Werk von der Wirtschaftsnot gefährdet, Bauten stürzen, die dem Volke Raum geben sollten. Die Menschen wurden verbittert, rangen um nackte Existenz, waren führerlos den schwersten Stürmen aussgesetzt und sahen Feinde im Volk, in jedem, der als Mensch gleichen Anspruch auf Leben erhob. Der Körper wurde zermürbt, die Seele hart.

Der Glaube fehlt, wo er „nur" Ideen sieht, wendet sich ab. Sind die inneren Kräfte jedes Menschen zerstört worden oder nur zurückgedrängt? „Utopien" sagt man, wenn der Gegenstand nicht gleich mit den Händen zu fassen, zu beurteilen, nutzbar zu machen ist.

Wir sind materialistischer denn je.

Und — größte Gefahr — diese Welle umspült auch uns Junge täglich, droht, uns zu verschlingen. Ungeheure, unsäglichen auf uns lastende Not bedrückt alle Schultern, und wir rufen uns zu: „Vergeßt nicht, Euch mit den schweren Fragen des Alltags zu befassen!" Wer aber konnte überhaupt dieser Not entrinnen?

Hier handelt es sich um die Frage: Wie stellen wir uns zum Alltag? Wollen wir in ihm versinken — oder führen, vorwärtsdrängen, um einen Aufstieg aus dem Gegenwartszustand zu ermöglichen?

Es geht um viel, um alles:

Um unser Sein als Jugend, als Mensch, als Vorkämpfer des republikanischen Staates.

Jugend darf nicht auf dem Pessimismus aufbauen!

Wir leben nicht von Erworbenem, von Besitz, von dem Ertrag einer mühseligen, vielleicht erfolggekrönten, jahrzehntelangen Tätigkeit; wir leben von der Zukunft, von dem, was wir erst erreichen, erkämpfen, gestalten wollen.

Wir alle haben ein Ziel vor uns, und darin ruht schon jetzt unser ganzes, innerstes Lebensgefühl. Wir stehen am Beginn eines Weges, wollen vorwärts, gebrauchen Kraft, Pessimismus aber zehrt!

Glaube verleiht Stärke, Kraft, führt uns und läßt uns überwinden, selbst dann, wenn vernunftmäßige, rein gedankliche Erwägung zögern sollte.

Glaube an die Idee, das Werk, an uns selbst.

Ein jeder fühlt doch in seinem Innersten etwas Leuchtendes, Reines, eine Quelle, die ihn aufrischt, ein Licht, das im stärksten Dunkel brennt, einen Antrieb, der in schwersten Tagen uns den letzten Halt verleiht. Wir fühlen den Menschen in uns, und allein in diesem Bewußtsein können wir voll schaffen.

Was aber gibt uns das Recht, am gleichen Kraftquell in unserem Mitmenschen zu zweifeln, seinem Innersten, seinem Menschtum, der Schaffensstärke und dem Wissen nach oben zu mißtrauen? Das ist die Ueberhebung, die im Pessimismus liegt: Wir glauben, daß wir es wohl schaffen könnten, aber — —!

Wir als Jugend müssen uns voll bewußt sein, daß gleicher innerer Kern in jedem Menschen liegt. Erst die Verhältnisse von Seele, Geist und Körper schaffen die Unterschiede, das Leben stellt uns auf verschiedenen Stufen im Kampf. Dennoch: der gleiche Kern des Menschtums besteht; um vertrauensvoll miteinander zu wandern, müssen wir glauben an den Menschen in jedem unserer Kameraden, Brüder, Mitstreiter im weitesten Sinne.

Dann werden die Tore offen, die der Zweifel schließt. Dann fürchten wir uns nicht mehr, ganz Menschen zu sein, und die Kraft des Innern kann sich entwickeln, nach außen drängen, entfalten, zu einer Neugestaltung des Lebens führen.

Glaube an den Einzelnen — aber auch an die Vielheit der Menschen: das Volk, seinen gemeinsamen Staat. Und —, für uns als junge Demokraten —: Glaube an den republikanischen Staat.

Der einfache Satz: „Die Republik ist heute die einzig mögliche Staatsform für Deutschland" kann nimmer genügen. Mit gleichen Argumenten könnte ich unter Umständen vor zehn Jahren die Monarchie begründen.

Uns ist die demokratische Republik eine Idee, für die wir einstehen und kämpfen müssen. Nichts Gegebenes, das wir hinnehmen, bejahen, etwas Werdendes, das wir ausgestalten, mit unserem Geiste erfüllen müssen. Und dazu heißt es:

Glaube an die Idee. Glaube an das Volk, die große Gemeinschaft, die mitschaffen soll, für die wir arbeiten, die Trägerin unserer Idee ist. Also: Glaube an die Möglichkeit einer Gestaltung wahrer Demokratie.

Die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei.

Staatspräsident Dr. Hellpach, der demokratische Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang, hat eine Dankeskundgebung veröffentlicht, die sich ihrem tiefen Bekenntnisinhalt nach weit hinaushebt über die bei solchen Gelegenheiten üblichen Manifeste. Mit knappen, aber in ihrer Kürze um so überzeugenderen Worten begründet es Dr. Hellpach, daß die Deutsche Demokratische Partei alle ihre Kräfte eingesetzt hat an die endgültige Eroberung des Reichspräsidiums für die Demokratie. Das moralische Recht zu einem solchen Versuch habe sie aus der Tatsache genommen, „daß seit der Verfassungsgebenden Nationalversammlung von Weimar sie den geistigen Generalstab der deutschen Republik gebildet hat." So ist es in der Tat! Und die Demokratische Partei hat allen Anlaß, stolz auf diese ihre Stellung zu sein, die ihr unter den obwaltenden Verhältnissen viel Anfeindung und sogar den Verlust erheblicher Wählermassen eingetragen hat. Desto anerkennenswerter ist es, daß die Partei unbeirrt ihren Weg weitergegangen ist in festem Vertrauen auf den endlichen Sieg ihrer Ideale und in der Zuversicht, daß sie bei diesem vorläufig dornenvollen Wege schließlich auch die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich finden wird. Welches aber das Ziel ist, das hat Dr. Hellpach gleichfalls in seiner Kundgebung ausgesprochen, indem er sagt: „Wir gehen mit geschärfter Zuversicht an die Arbeit für ein einiges deutsches Volkstum, für einen freien deutschen Staat, für eine neue deutsche Zukunft in Geltung, Blüte und Größe. Es lebe die nationale Demokratie, es lebe die großdeutsche Republik!" Hier sind die Aufgaben bezeichnet, denen sich die Deutsche Demokratische Partei zu widmen hat, und denen sie sich mit allem Nachdruck widmen wird. Gelegentliche Fehlschläge vermögen sie ebenso wenig das große Endziel zu verrücken, wie etwa gar um gelegentlicher Augenblickserfolge willen aus den Augen verlieren wird. Die tiefempfundenen Dankesworte Hellpachs aber beweisen, daß die Deutsche Demokratische Partei recht daran getan hat, diesen Mann als Präsidentschaftskandidaten herauszustellen.

Ein Glückwunsch von Marx an die evangelische Kirche.

Als ein bezeichnendes Beispiel für die religiöse Toleranz des Präsidentschaftskandidaten Marx verdient noch nachträglich darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß Marx als damaliger preußischer Ministerpräsident am 1. April an den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats D. Kapler, anläßlich des Inkrafttretens der neuen preußischen Kirchenverfassung folgendes Telegramm gerichtet hat: „Der heutige Tag ist für die evangelische Kirche ein bedeutsamer Abschnitt. Die Staatsumwälzung hat es mit sich gebracht, daß das Verfassungsrecht auch der evangelischen Kirche auf eine neue Grundlage gestellt werden mußte. Diese umfangreiche Arbeit, an der Sie, Herr Präsident, in Ihrer früheren Stellung in hervorragendem Maße mitgearbeitet haben, ist zu Ende geführt. Mit dem 1. April 1925 tritt die Verfassung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union in vollem Umfang in Kraft. Ihnen, als dem berufenen Leiter der evangelischen Kirche, drängt es mich, aus diesem Anlaß zum heutigen Tage namens des preußischen Staatsministeriums die wärmsten Wünsche für eine segensreiche Zukunft der evangelischen Kirche auszusprechen." Reichskanzler a. D. Marx hat hier gleich an einem augenfälligen Beispiel gezeigt, daß ihm ernst damit ist, die Duldsamkeit in die Tat umzusetzen, die nach seiner neuligen Erklärung für ihn Richtschnur seines Wirkens ist.

Die Regierungspolitik auf dem toten Punkt.

Am 4. April ist der erste Abschnitt der Arbeiten des neuen Reichstags und der neuen Reichsregierung zu Ende gegangen. Da ist es ganz zweckmäßig, einmal eine Vertiefungsbilanz zu ziehen, um nachprüfen zu können, ob das deutsche Volk infolge der Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung, nun den herrlichen Zeiten entgegengeführt ist, die ihm vor dem 7. Dezember versprochen worden sind. Diese Bilanz fällt für die Reichsregierung und für die Regierungsparteien leider sehr unbefriedigend aus. Es ist das nicht eine Behauptung der beiden Opposition, sondern für diese Feststellung läßt sich ein gewiß unverdächtiger Zeuge in der Person des Dr. Cremer, seines Zeichens Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion, benennen. So schreibt Dr. Cremer: „Die gesetzgeberischen Arbeiten haben auf allen Gebieten über bescheidene Ansätze nicht hinausgeführt. Die dringliche Frage der Beamtenbesoldung muß ausgeschoben werden. Auch das Jahr 1925 bringt keine gerechte Verteilung der Steuerlasten und keine Beschränkung derselben auf das unumgänglich notwendige Maß. Die Vorlagen über die Zollartifreform, die ein notwendiges Werkzeug für die weiteren Handelsvertragsverhandlungen bilden, sind bis zum Augenblick dem Reichstag vorenthalten. Der Entwurf über die Aufwertungsfrage kann bei seiner Partei ungemischte Zufriedenheit auslösen. Er kann in dieser Form nicht Gesetz werden, weil die Aufwertungsfrage nicht zur Ruhe bringen und der Wirtschaft dadurch viel mehr schaden, als wenn eine große Geste zwar wirklich zum Ende des Aufwertungsstreites führt." Diese Offenbarungen einer volksparteilichen Seele sind in der Tat deutlich, sie sind so deutlich, daß man ihnen kaum etwas hinzuzufügen braucht. Dr. Cremer hat aber schon seine guten Gründe, jetzt sein Mäntlein mehr vor den Mund zu nehmen. Er richtet nämlich seine Vorwürfe gegen die Deutschnationale Volkspartei und betont, daß es mit ihrer Stellung als Regierungspartei unvereinbar sei, in wichtigen Fragen auf eigene Faust Politik zu treiben und aus der Reihe zu tanzen. Ein solches Treiben müsse mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch der Regierungsmehrheit führen und würde die allerweitreichendsten Folgen für die innerpolitische Entwicklung Deutschlands haben. Was jetzt Herr Dr. Cremer endlich begriffen zu haben scheint, das haben andere Leute, darunter auch die bösen Demokraten, freilich schon vor dieser Regierungsbildung gesagt. Damals aber war die Liebe der Volkspartei zu den Deutschnationalen so unendlich groß, daß bei ihnen keine Stimme der Vernunft Gehör finden konnte. Jetzt ist diese Liebe schon erheblich erkaltet, denn andere kann man es doch nicht bezeichnen, wenn ein Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei schon von politischen Neuschichtungen spricht. Die Flitterwochen sind aus, nun kommt der Katzenjammer. Den Schaden dieser unglücklichen Ehe hat leider das ganze deutsche Volk zu tragen.

Ferdinand Lassalle.

Vor rund 100 Jahren, am 11. März 1825, wird dem Breslauer Händler Lassalle ein Sohn geboren, das Schicksal greift nach ihm um seltsamsten Wege: Macht aus dem Kaufmannslehrling den Studenten der Philosophie, aus dem Studenten den Literaten, dessen Keckheit und Bildung ihn zu einem steilen Aufstieg zu führen scheint. Der wirft alles hinweg, um durch Jahre hindurch fast nichts anderes zu tun, als bei von ihrem Mann gequälten rheinischen Gräfin Hatzfeld in den verschlungensten Prozeßgeschichten zu helfen — Mitleidlichkeit und Eitelkeit mengen sich. Das Jahr 1848/49 sieht ihn auf der Seite der scharfen radikalen Demokraten, sieht ihn in Marxens Nachbarschaft, sieht ihn im Gefängnis. Es gelingt ihm, im Ausgang der 50er Jahre in Berlin Fuß zu fassen: er will nichts als Wissenschaft, griechische Philosophie, Rechtsphilosophie, er wittert Größe, er beschäftigt sich in über Sickingen. Aber das ist nur, wenn auch bedeutend, Vordergrundsbeschäftigung des Geistes; sein Wesen ist durchglüht von Machtmitteln und Ehrgeiz. Die treiben ihn wieder, im Beginn der Bismarckschen Konfliktsära, auf die politische Bühne; er reißt die Arbeiter von den Fortschrittlern weg, uns mit einer ungeheuren Agitation schafft er in ein paar Jahren den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein". Das gleiche Wahlrecht, die „Produktiv-Assoziation" sind die Losungen seines Kampfes. Nicht in der Eigennatur seiner ökonomischen Gedanken, in der Stoßkraft seines kaotischen Willens liegt die Bedeutung, die er seiner Schöpfung, einer organisatorischen sozialistischen Arbeiterbewegung geben konnte. Er machte die Arbeiterschaft frei von dem geheimbündlerischen Konventikelwesen und er sah, schärfer als die Londoner Emigranten Marx und Engels, was Staat und Nation bedeuten. So findet er den Weg zu Bismarck — das ist eine Episode, aber sie ist aufschlußreich genug. Nur zwei Jahre dauert seine Wirksamkeit, erfüllt von Rede, Broschüre, Buch, Organisation, eine Spanne stürmischer Unruhe, der die sichere Ruhe eines Duellnegners ein schnelles Ende setzt. Um aus dem seltsamsten und geistreichsten Kattitrinnen der deutschen Arbeiterbewegung, dem aristokratischen Lebenskünstler mit Massenmachtbedürfnis, eine Legendenfigur zu machen, Wilhelm Liebknecht, Marxens Sendbote in Deutschland, zerrittet und verwischt in den 70er Jahren die geistigen und sachlichen Spuren dieses Mannes. Jahrzehnte vergehen, bevor in der deutschen Sozialdemokratie wieder über den Staat gedacht und für den Staat gehandelt wird, dann mußte Lassalle wieder seine Auferstehung feiern in Ludwig Franks Tat und Vermächtnis.

Th. H.

Politische Wochenschau.

Was die Rechtspresse verschweigt.

Das Telegramm des Generalfeldmarschalls Hindenburg an Jarres begann mit den Worten:

„Hochverehrter Herr Minister! Unendlich bedauere ich den ungünstigen Stand Ihrer Wahlaussichten, der Sie veranlaßt hat, in so hochherziger Weise zurückzutreten."

Die ehrliche Soldatennatur des greisen Feldmarschalls spricht also offen aus, was von den Rechtsparteien bisher immer geleugnet worden ist: Daß nämlich die Kandidatur Jarres aussichtslos war, und daß man ihn deshalb zum Rücktritt zwang. Die Rechtspresse ist über diese Ehrlichkeit Hindenburgs offenbar entsetzt und läßt den oben angeführten Anfangssatz in seinem Telegramm bei der Wiedergabe desselben einfach fort. Wahrscheinlich will man auf diese Weise den Wählern die Kandidatur Hindenburgs schmackhafter machen.

*

Rechts schwenkt — marsch!

Es braucht an dieser Stelle nicht darauf hingewiesen zu werden, mit welchen Druckmitteln der Rechtsblock auf den 78jährigen Hindenburg eingewirkt hat, um seinen Widerstand gegen die Annahme einer Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten der Deutschen Republik zu brechen. Die deutschnationalen Machenschaften sind inzwischen genügend bekannt geworden. Der alte Herr, der nach seinen eigenen Worten stets nur Militär gewesen ist und mit anerkennenswertem Taktgefühl jedes Herausstreten in den politischen Tagskampf vermied, bildet, wie die „Germania" schreibt, nur die Attrappe, hinter der sowohl die politische Hohlheit, wie auch die grobe Brutalität reaktionärster Parteiagitation in völliger Unverhülltheit zutage treten. Was gilt es den deutschnationalen Drahtziehern, wenn dabei auch der bisher von allen Deutschen hochgeachtete Name Hindenburg, als der eines um Vaterland und Volk verdienten Heerführers, durch seine jetzige Inanspruchnahme für eine bestimmte Parteigruppe, die den Sturz der Staatsform zum Ziel hat, Einbuße erleidet! Und daß dies nicht ausbleiben kann, ist sonnenklar. Denn der 78jährige, für den während seines Lebens bisher politische Ueberzeugung und Kaisertreue stets ein sich völlig deckender Begriff gewesen ist, kann mit seinem inneren Empfinden nicht zu einer Kandidatur, geschweige denn zu einem Amt stehen, das als erste Verpflichtung die Eidesleistung auf die republikanische Verfassung fordert. Für die deutschnationale Parteipolitik werden solche Bedenken allerdings nicht gelten. Auch in der Reichsregierung scheint man einer gleichen Auffassung zu huldigen, da der „republikanische" Außenminister Stresemann sich Hindenburgs Kandidatur gegenüber einfach ausschweigt. Oder ist ihm das Kommando „Rechts schwenkt — marsch", das mit dieser Kandidatur deutlich erkennbar verbunden ist, etwa selbst wünschenswert? In der Aenderung politischer Marschrichtungen ist er ja alles andere als ein Neuling oder eine von Grundsätzen durchdrungene Natur. Ob es mal rechts oder links geht, was tut das der Person oder Sache! Die Hauptsache ist, daß man selbst oben bleibt und den „politischen Verkehrsturm" bedient, so wie es gerade gewünscht wird.

*

Freitag, 17. April, abds. 8 Uhr
im oberen „Thaliasaal"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Unsere Stellung zur Kandidatur Marx.

Hierauf:

Städtische Baupläne.

(Aussprache).

Es ist Pflicht unserer Mitglieder zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Deutsche Demokratische Partei in Halle.

„Mit Sozialdemokraten an einem Tisch."

Als Hindenburg Ostpreußen besuchte, wurde bei einem Empfang von demokratischer Seite, um diesem Besuch das parteipolitische Gepräge zu nehmen, durchgesetzt, daß neben den anderen Parteien sich auch Sozialdemokraten an dem Empfang beteiligten. Darauf teilte namens des greisen Feldmarschalls einer seiner Vertrauensmänner den Veranstaltern mit: „Es kann dem Feldmarschall nicht zugemutet werden, sich mit Sozialdemokraten zu unterhalten oder sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen." — Wieder ein Beispiel dafür, in welchen Gewissenskonflikt der „Rechtsblock" den alten Soldaten mit der Uebernahme der Kandidatur für den Reichspräsidenten der Deutschen Republik bringt.

*

Der Sturz Herriots.

ist inzwischen erfolgt. Die äußeren Ursachen des Rücktritts des Kabinetts Herriot sind in den Schwierigkeiten der französischen Finanzverwaltung zu suchen, die für die Finanzsünden der früheren Regierung büßen muß. Die inneren Fäden zu Herriots Sturz liegen dagegen wohl in den Händen seines schärfsten Gegners Poincaré. Ob an die Stelle Herriots in Frankreich wieder ein links- oder ein rechtsstehender Politiker treten wird, auch sich in Kürze entscheiden. Erneutwollen kommt die französische Rechte das Ende des Kabinetts Herriot mit hellem Jubel auf. Was für uns von einer Rechts- oder Linksbildung in Frankreich abhängt, braucht nicht näher erläutert zu werden. Die Methoden der Herrschaft Poincarés werden in Deutschland noch in frischer Erinnerung sein. Dazu kommt, daß wir jetzt vor der Reichspräsidentenwahl stehen. Es geht also wirklich bei uns um Sein oder Nichtsein, ähnlich wie bei der Wahl zur Nationalversammlung nach dem Zusammenbruch der alten Staatsform.

*

Alle Bestellungen

hinzutretender Abonnenten
auf den

„Politischen Wegweiser"

müssen

bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger aufgegeben werden.

Der Umweg einer Bestellung an den Verlag **ist zu vermeiden!**

Die ausländischen Stimmen

zum Sturze Herriots geben durchweg der Ansicht Raum, daß ihm das Verdienst an den Verständigungsbestrebungen mit Deutschland zukommen und er für die finanzielle Krise, die Frankreich durchmache, nicht verantwortlich sei. Sie sei eine von der früheren Regierung hinterlassene Erbschaft. Was würde aber nun geschehen, nachdem gleichzeitig mit Herriots Sturz auch in Deutschland der Kampf um den Reichspräsidenten sich als ein Ringen um den Bestand der Deutschen Republik darstelle! Amerikanische und englische Stimmen kommen zu dem Schluß, daß der Hintergrund einer Kandidatur Hindenburgs aus dem alten Militarismus, aus Monarchie, Junkertum und Reaktion bestände. Für den greisen Generalfeldmarschall, der nicht die geringste politische Erfahrung besitze, hätte es niemals eine andere politische Autorität gegeben, als die des Verbannten in Doorn. Eine etwaige Wahl Hindenburgs würde als ein Schlag ins Gesicht Europas empfunden werden, dem eine Verschlechterung der internationalen Lage auf dem Fuße folgen müßte. Zumal der 78jährige als Präsident nur eine bloße Figur in den Händen unverantwortlicher Führer sein würde.

*

Die Regierung des Verfassungsbruches.

Die Oldenburgische Staatsregierung, die ein sogenanntes Beamtenkabinett darstellt, hat unter Bruch der Verfassung den oldenburgischen Landtag aufgelöst. Wegen dieser Ungesetzlichkeit haben sich die Mehrheitsparteien des oldenburgischen Landtags an den Staatsgerichtshof gewandt. Trotzdem eine baldige Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Aussicht steht, schreitet die oldenburgische Regierung auf dem Wege des Verfassungsbruches fort, und zwar hat sie nunmehr die Neuwahlen für den 24. Mai ausgeschrieben. Dies Beispiel zeigt erneut, was es in Wahrheit mit einem sogenannten Beamtenkabinett auf sich hat, und es ist deshalb nur zu verständlich, wenn man in Preußen einerlei Neigung zeigt, in die oldenburgischen Fußstapfen zu treten.

*

Die Pflichten eines republikanischen Staatsbeamten

hat der preußische Minister des Innern jüngst einem höheren Beamten klar machen müssen. Es ist dies der Geh. Regierungsrat v. Lippa in Breslau, der sich genötigt gesehen hat, als Monarchist zu demonstrieren. Worum es sich handelt, geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Landtage hervor, in der Minister Severing folgendes erklärt: „Die auf den 27. Januar dieses Jahres angesetzte Feier ist nach Ankündigung und Verlauf als eine versteckte Geburtstagsfeier des letzten Königs anzusehen. An einer solchen Veranstaltung durfte Geh. Regierungsrat v. Lippa, zumal an leitender Stelle, als republikanischer Staatsbeamter nicht teilnehmen. Ich habe ihm das Entsprechende eröffnen lassen." Es ist nur zu billigen, daß der Minister des Innern eine derartig offene Propaganda von Staatsbeamten für die Monarchie nicht duldet.

*

Zur Bekämpfung der Haff-Krankheit.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beschäftigte sich kürzlich in einer Nachtsitzung eingehend mit den rätselhaften Erkrankungen, von denen die Fischer auf dem Frischen Haff befallen werden. Nach eingehender Aussprache nahm der Ausschuß einstimmig den von dem ostpreußischen Abg. Dr. Grzimek vertretenen demokratischen Antrag an, für eine planmäßige Durchsuchung des Haffs 25000 Mark aus auch unter Ueberschreitung des Etats alle zur Behebung des Notstandes erforderlichen Mittel der Staatsregierung zur Verfügung zu stellen. Damit ist ein großer Erfolg für die Notleidenden erzielt.

th.

Aus den Parteien.

Der Volksblock,

der gemeinsame Träger der Präsidentschaftskandidatur Marx, hat zur Erleichterung der Organisationsarbeiten einen Ausschuß von sechs Personen eingesetzt, der seine Geschäftsräume im Reichstag hat. Ferner ist ein Pressesausschuß aus Vertretern der drei beteiligten Parteien gebildet worden, der gleichfalls im Reichstag tagt. Alle für den Volksblock bestimmten Zuschriften sind zu richten an: Volksblock, Berlin, Reichstag (Zimmer 14).

Die Rechtsparteien gegen die Beamten.

Ueber das Verhalten der Rechtsparteien sind den Beamten nun allmählich die Augen gründlich aufgegangen und selbst die Beamtenorganisationen, die bisher mit Rücksicht auf ihre politische Neutralität peinliche Zurückhaltung bewahrt haben, scheuen sich jetzt gar nicht mehr, offen ihrem Unwillen Ausdruck zu geben, ein Zeichen dafür, daß die bisher politisch rechtsstehenden Beamten es satt sind, sich die Demagogie der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei noch länger gefallen zu lassen. Mit bitterem Hohn kritisiert der „Beamtenbund", das Organ des Deutschen Beamtenbundes, die von den Regierungsparteien in der letzten Reichstagssitzung angenommenen „Notstandsmaßnahmen für Beamte", die darin bestehen, daß die unteren Gruppen eine Erhöhung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250416-11/fragment/page=0003

Bezüge von einem Mark bis 2,50 Mark monatlich erhalten. Das wirke wie „eine Verhöhnung, wie eine beleidigende Herabsetzung". Zu der gleichfalls angenommenen farblosen Entschließung über eine eventuelle zukünftige Gehaltserhöhung bemerkt der „Beamtenbund": „Verbissen und verbittert, mit verhaltener Wut schaut er (der Beamte) dem gemächlichen Hinplätschern zu — jene haben ja Zeit, aber ihm brennt die Not auf dem Leib. Was wissen die vielen von der Not der Beamten?" Diese leider nur zu gerechtfertigten Vorwürfe richten sich, wie jeder Beamte weiß, ausschließlich gegen die Regierungsparteien. Denn die Demokraten und Sozialdemokraten hatten Anträge auf Erhöhung des Grundgehalts um 20 Proz. gestellt; diese Anträge sind aber von der Rechten unbarmherzig niedergestimmt worden. — Noch schärfer geht mit den Rechtsparteien das Organ des Bundes der Kommunalbeamten-Gewerkschaften aus. Anlaß der Abstimmung über das Beamtensperrgesetz in Gericht. Der Bund weist darauf hin, daß der Reichsbeamtentag der Deutschen Volkspartei kürzlich in einer Entschließung das Besoldungssperrgesetz als ein Ausnahmegesetz abgelehnt und daß die Deutsche Volkspartei auch bisher in den Parlamenten immer die Aufhebung des Sperrgesetzes verlangt hat. Bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag aber hat sie für die Vorlage der Regierung gestimmt, und als ein sozialdemokratischer Abgeordneter auf obige Entschließung hinwies, machte der Volksparteiler Moraß, selbst Beamter, den charakteristischen Zwischenruf: „Wenn schon — Familienangelegenheit". Weiter stellt der genannte Bund fest, daß sich die Deutschnationale Volkspartei auch unger gegen das Sperrgesetz gewandt und im alten Reichstag (als sie noch Oppositionspartei war!) selbst einen Aufhebungsantrag eingebracht hat. Im neuen Reichstag aber konnten die Deutschnationalen nicht genug wetteifern, dieses Ausnahmegesetz gegen die Beamten zu verlängern. Nur die Demokraten und Sozialdemokraten, die sich von jeher gegen dieses Gesetz gewandt und seine sofortige Beseitigung gefordert haben, stimmten im Reichstage für die Aufhebung.

Beförderung der Zivildienstberechtigten.

Zur Beförderung der Zivildienstberechtigten nach Gruppe VI, für die bekanntlich der demokratische Abg. Schuldt immer wieder eintritt, kommt nach Erklärungen des Vertreters der Reichsregierung nur noch die Reichspost in Frage. Der Vertreter der Reichspost hat zugesichert, daß die bis zum August 1920 vornotierten Anwärter, die im Laufe des Jahres 1924 in Gruppe V angestellt worden sind, nach Ablauf einer einjährigen Bewährungsfrist noch im Laufe dieses Jahres nach Gruppe VI befördert werden sollen.

Sekretär-Sonderprüfung.

Der Antrag des demokratischen Abg. Schuldt betr. Zulassung der Sekretäre (Assistenten a. D.) zur Sonderprüfung, auch wenn sie erst nach dem 31. März 1920 planmäßig angestellt wurden, ist in der letzten Plenarsitzung des Reichstages dem Beamtenausschuß überwiesen worden. Der Antrag wird hier vermutlich schon in nächster Zeit zur Beratung gestellt werden.

Gerechtigkeit für den Anwaltsstand.

Im preußischen Landtag haben die demokratischen Abgg. Dr. Grziwotz, Falk, Dr. Preuß mit Unterstützung ihrer Fraktion folgenden Urantrag gestellt: Die Reichsregierung hat ein Gesetz eingebracht, durch das ein großer Teil der Lasten der Armenprozesse wieder den Rechtsanwälten auferlegt wird. Die Beratung ist bereits sehr weit vorgeschritten. Um so wichtiger ist es für das Bestehen dieses freien Berufes, daß die Ungerechtigkeit beseitigt wird, die in einer vielfach unangemessen niedrigen Festsetzung der Streitwerte in Ehescheidungs- und ähnlichen Prozessen liegt, bei denen die Festsetzung des Streitwertes von dem Gericht frei geschätzt wird. Wir beantragen deshalb, der Landtag wolle beschließen: das preußische Justizministerium zu ersuchen, durch Verwaltungsanweisungen und Kontrolle dafür zu sorgen, daß eine unangemessen niedrige Festsetzung der Streitwerte in nichtvermögensrechtlichen Streitfällen vermieden wird.

Die Kampfesweise des „Alten Dessauer".

Wir möchten unseren Lesern nachfolgende Auslassungen des „Alten Dessauer" nicht vorenthalten; einzelnes heben wir durch Sperrdruck hervor. Schriftl.

Hat da die Demokratische Partei, die beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl so böse unter den Schlitten geriet, trotzdem sie für Rettung ihrer Kandidatur Hellpach 10 Millionen Goldmark verpulderte, in Halle (S.) ein Parteiwochenblatt herausgegeben, groß im Format, aber winzig im Geist. Verantwortlich für die sogen. Schriftleitung ist die „rühmlichst" bekannte Freda Marie Gräfin zu Dohna. Dieser Dame von schwarz-rot-gelber Vornehmheit fällt natürlich „Der Alte Dessauer" durch seine Rauhbeinigkeit auf die Nerven. Es paßt ihr vor allem nicht, daß er des wackeren, kernfesten Preußen und Deutschen v. Oldenburg-Januschau zu seinem 70. Geburtstage gedacht hat; sie meint, wenn der ehrliche Januschauer (Gott sei Dank!) niemals aus seinem Herzen eine Mördergrube machte — wie es Freda Marie Gräfin zu Dohna im Ueberschwange ihrer linksausgerutschten altjüngferlichen Gefühle getan hat — und eine herzhafte Ausdrucksweise liebte, so sei das der Kasernenhofton von früher gewesen. — Aber aber, gnädigste Gräfin, was würde Ihr Herr Vater, der einstige tadellose preußische Offizier und Kommandeur des Königl. Preuß. Füsilier-Regts. 73 (Hannover), zu dieser Verunglimpfung eines ihm innerlich nahestehenden (?) bewährten Mannes und der vaterländischen Bewegung gesagt haben? Wissen gnädigste Gräfin vielleicht, daß der Ihrem plaumigen Herzen so verhaßte „Kasernenhofton" trotz seines harten Klanges durch Jahrhunderte bewährte starke erzieherische Kräfte barg, die Ihnen persönlich auch heute noch von Nutzen sein könnten? Wissen gnädigste Gräfin auch, daß die Ehrlichkeit des „Kasernenhoftons" eitel Gold ist gegenüber den Gemeinheiten, mit denen Ihr demokratischer Präsidentschaftskandidat, Herr Dr. Hellpach, einst als Lazarettarzt (in der Heimat natürlich) verwundete Frontsoldaten bedachte? Wir führen nur eine einzige im Wortlaut an von vielen; sie lautet:

„Die Lazarett-Ordnung muß so beschaffen sein, wie die schon mystisch gewordenen Kriegsartikel, damit der Soldat nicht weiß, wie er der Festung und dem Tode entrinnen soll."

„Der Alte Dessauer" ist gespannt, ob Sie, gnädigste Gräfin, zu antworten wissen. Er fürchtet sich vor niemand, am allerwenigsten vor der schwarz-rot-gelben Weiblichkeit, und mag sie sich noch so israelitisch einstellen. Frei Heil, gnädigste Gräfin! H.

*

„Der Alte Dessauer" wird vergeblich warten; auf solche auf niedrigster Stufe stehenden Auslassungen werden wir nicht antworten. Schriftl.

Kundgebungen
für die
Kandidatur Marx

finden weiter statt:

Delitzsch:
Mittwoch, 15. April, abends 8 Uhr.
Redner:
Amtsleiter Fr. Renker.

Wittenberg:
Donnerstag, 16. April, abends 8 Uhr.
Rednerin:
Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders.

Halle:
Freitag, 17. April, abends 8 Uhr.
Mitgliederversammlung.
(Siehe besondere Anzeige.)

Torgau:
Freitag, 17. April, abends 8 Uhr.
Rednerin:
Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders.

Zörbig:
Sonnabend, 18. April, abends 8 Uhr.
Redner:
Amtsleiter Fr. Renker.

Corbetha-Wengelsdorf:
Sonntag, 19. April, nachm. 4 Uhr.
Rednerin:
Freda Marie Gräfin zu Dohna.

Hohenmölsen:
Donnerstag, 23. April, abends 8 Uhr.
Rednerin:
Freda Marie Gräfin zu Dohna.

Offener Brief an den Jungdeutschen Orden.

Von
Pfarrer **Herbert Lüttke,**
Mitglied des Jungdeutschen Ordens.

Wir bringen nachfolgenden Brief, der „Jungdo und Volksgemeinschaft" in anderem Sinne erscheinen läßt, als das Flugblatt des J. O., das wir in der vorigen Nummer wiedergaben. Indessen — da das Flugblatt neueren Datums ist, wollen wir hoffen, daß der Jungdo nunmehr sich von der alten hier geschilderten Gesinnung freigemacht hat. Jeder Beweis hierfür soll von uns begrüßt werden. Zunächst warten wir ab. Schriftl.

An den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens
Herrn Artur Mahraun,
Dobbertau bei Bismarck (Altmark),
Mitte Oktober.

Bereits zu Beginn des vorigen Monats hatte ich diesen Brief an Sie geschrieben und damals dem Wunsch gehabt, den Geisteskampf um die in diesem Briefe angeschnittenen Fragen in dem Organ des Ordens, dem „Jungdeutschen", auszutragen. Leider hatte es die Hauptschriftleitung abgelehnt, diesen Brief zu veröffentlichen. Ich kann dieses Verhalten nur als bedauerliche Engherzigkeit und als ein für einen „jungdeutschen Ordensritter" sehr trauriges Zeichen mangelnden Mutes kennzeichnen, einen ehrlich angetragenen Kampf nicht anzunehmen.

Mit Freuden hatte ich einst meine Mitarbeit dem Orden gewidmet, da mir seine Verfassung wirklich geeignet schien für einen Aufbau des Volksganzen. Zu meinem Schmerz mußte ich aber sehen, wie der Geist, in dem dann im Orden gearbeitet wurde und der besonders auch im „Jungdeutschen Orden" zum Ausdruck kam, in offenbaren Gegensatz zu den Ordenssatzungen geriet. Das möchte ich an einzelnen Punkten darlegen.

*

Jungdo und Christentum.

§ 3 der Ordenssatzungen lautet: **Der Jungdeutsche Orden erstrebt die deutsche Volksgemeinschaft auf christlicher Grundlage.**

Es wird bekannt sein, daß man innerhalb des evangelischen Christentums sogenannte Richtungen unterscheidet. Eine dieser Richtungen gruppiert sich um die von dem Marburger Theologieprofessor D. Rade herausgegebene „Christliche Welt". Zu der Wesensauffassung des Christentums, die von einem Teil dieses Kreises und darüber hinaus durch alle Richtungen vertreten wird, gehört auch eine bestimmte Einstellung zu den Problemen des Internationalismus und Pazifismus.

Das erste soll eigentlich für einen Christen kein Problem sein. Denn klar liegt die weltumfassende Aufgabe des Christentums vor Augen, und Jesu Größe liegt ja mit darin,

daß er die Religion von ihren nationalen Fesseln befreit und sie zur Weltreligion, d. h. einer internationalen Religion gemacht hat.

Ein Christ hat bei der Lösung seiner Aufgaben auf Erden den Wert jeder Handlung danach zu beurteilen, ob sie sich letzten Endes einordnet als Baustein in Gottes gewaltigen Weltenbau. Nun ist man gewohnt, international immer in Gegensatz zu national zu setzen. Das ist falsch, indem man in jedem Internationalismus die Weltanschauung sieht, die sich ausdrücklich zum Motto gesetzt hat: Ich kenne kein Vaterland. Es gibt aber einen anderen Internationalismus, der sich sehr gut in Parallele mit dem Nationalismus stellen läßt. Das wird aus folgendem deutlich: Was das Volk im kleinen ist, eine Gemeinschaft verschiedener Stämme, ist die Menschheit im großen, ebenfalls eine Gemeinschaft verschiedener Stämme und Arten des einen Menschengeschlechts. Wenigstens für einen Christen sollte es so sein, denn wer sich dagegen sträubt, einen Mitmenschen, der sich durch Farbe oder Abstammung von ihm unterscheidet, seinen Bruder zu nennen, der soll sich auch nicht einen Christen nennen, denn er ist es nicht. Und wie der Dienst am Volke den Dienst an der Familie nicht ausschließt, im Gegenteil gerade durch ein gesundes Familienleben bedingt ist, so schließt auch der Dienst an der Menschheit den am Vaterlande nicht aus und ist ebenso gerade durch gesundes Staatsleben bedingt.

Wie die Familie für mich nicht das letzte Ziel meines Volkes sein, sondern darüber der Dienst am Volke stehen soll, so ist die logische Folge, daß auch der Dienst am Volke wieder dem Fortschritt der menschlichen Gesellschaft überhaupt zu dienen hat.

Sehr willkommen ist mir, daß gerade auf diese Frage ein Artikel in Nr. 81 des „Jungdeutschen" Bezug nimmt, das „Mahnwort an die geistigen Führer des Christentums" von Ernst Helmers (Celle). Diese Abhandlung wendet sich schroff gegen jede internationale Einstellung des Christentums und gipfelt in der Forderung, die Pfarrer sollten bei ihren Predigten daran denken, daß ein Teil des deutschen Volkes unter ihren Kanzeln säße. Darauf sollten sie Rücksicht nehmen und sich „bewußt deutsch" einstellen. Da diese Zeilen ja auch dem oder jenen Angehörigen des Jungdeutschen Ordens zu Gesicht kommen werden, möchte ich ihnen folgendes zu überlegen geben. Herr Helmers will ja auch Christ sein. Dann mag er seine Bibel aufschlagen und Gal. 1, 10 lesen:

„Predige ich denn jetzt Menschen oder Gott zu Dienst? Oder gedenke ich, Menschen gefällig zu sein? Wenn ich den Menschen noch gefällig wäre, so wäre ich Christi Knecht nicht."

— Jawohl, Herr Helmers, nicht nach Menschen habe ich mich in meinem Amt zu richten, sondern nach Gott und seinem Evangelium, von dem es im selben Kapitel, Vers 7—9, heißt, es gebe kein anderes außer ihm, und verfluscht sei der, der ein anderes bringe. Aber Verzeihung, Paulus war ja Jude, und nach dem, was er sagt, richten sich ja viele nicht. Aber Jesus darf doch wohl noch Beachtung verlangen. Wir gehorchen der Botschaft unseres Meisters, die lautet aber: Trägt zu allen Völkern hinaus die jubelnde Kunde, daß alle Menschen, und nicht bloß Arier, zu Bürgern in Gottes Reich berufen sind. So handeln wir und handeln doch als gute Deutsche.

Von hier laufen die Fäden gleich hinüber zum zweiten Problem, dem des Pazifismus. Für mich ist der Pazifismus ebenfalls kein Problem, aber ich verlange, daß er zumindest ein Problem, d. h. ein Gegenstand ernsten Nachdenkens, für die werde, die kritiklos über ihn herfallen. Im allgemeinen ist der Pazifismus mit dem Internationalismus mit dem Odium des Antinationalen behaftet, deshalb „erübrigt" es sich für die meisten, sich überhaupt gedanklich mit ihm zu befassen. Hier kann natürlich nicht die Frage in ihrer ganzen Tiefe ausgeschöpft werden. Für die aber, die von ihm nur so viel wissen, daß er eine bloße Phrase sei, geboren aus ängstlicher Sorge um das liebe eigene Leben und mit einem christlichen Mäntelchen umhangen, diene zur besseren Information folgendes:

Der Pazifismus, oder deutsch, die Friedensbewegung, hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Beziehungen der Völker aus der Sphäre der Gewalt zu erheben und sie auf den Boden des Rechts zu stellen.

Ich glaube, ich kann es als evangelischer Pfarrer erwarten, daß diese Ueberzeugung zumindest geachtet wird. Das geschieht im Jungdeutschen Orden nicht. In der Bekämpfung gerade des Pazifismus scheint der „Jungdeutsche" jetzt mit seine Hauptaufgabe zu sehen. **Die unfeine, herabwürdigende, ja verächtlich machende Art dieser Kampfesweise erklärt sich wohl daraus, daß die Verfasser nie Blätter wie „Die christliche Welt" oder „Mutiges Christentum" vor Augen gehabt haben.** Sonst würden sie angesichts des heiligen Ernstes, mit dem der Pazifismus von hochgeachteten Führern innerhalb der evangelischen Kirche vertreten wird, sich in ihren Ausdrücken wohl etwas gemäßigt haben.

Ich glaube aber, es ist im Grunde etwas anderes, das Militaristen und Pazifisten trennt. Jenen ist der Krieg doch die Probe auf die rechten Mannestugenden und ein notwendiges Mittel, diese Tugenden wachzurufen und zu stählen. Man will gar nicht den ewigen Frieden, ich brauche nur an das Wort eines Großen zu erinnern: Der Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Da scheiden sich allerdings die Wege.

Für uns ist der ewige Friede auch noch ein Traum, aber ein schöner, weil wir diesen Frieden nicht in einer bloßen äußeren Ruhe sehen, sondern in einem tatkräftigen Sichregen aller edlen Geisteskräfte.

Und wir überlassen es nicht einfach Gott, an der Herbeiführung dieses Zustandes zu arbeiten, wie es die tun, die diesen Zustand hinausschieben in das Jenseits, sondern wir fühlen die heilige Pflicht in uns, an dem Kommen des Friedens mitzuarbeiten.

Hand in Hand mit dem Kampf des Ordens gegen den Pazifismus geht dann die Propagierung des Haßgedankens. Mit der christlichen Grundlage hat das allerdings nichts mehr gemein. Das soll vielleicht ein Teil des Arnischen Geistes sein, den man erst mit dem Geiste Jesu verbinden zu müssen meint, um das germanische Christentum zu schaffen. Ich fürchte nur, diese Verbindung wird an dem flammenden Widerspruch des Geistes Jesu scheitern. Jesus kannte keinen Haß gegen seine Feinde, nur einen Haß gegen das Böse. Er bekämpfte das Böse in seinen Feinden, gerade weil er sie als Menschen liebhaben, d. h. die Seelengemeinschaft mit ihnen herstellen wollte. Und wer da sagen wollte, das gelte wohl für die persönlichen Feinde, aber nicht für die Feinde des Vaterlandes, der weiß nicht, daß die damaligen Verhältnisse in Palästina in vieler Hinsicht den heutigen in unserem Volke gleichen, wo auch der Haß gegen die Römerherrschaft schwelte. Jesus aber allen Versuchen gegenüber, ihn zum Führer einer nationalen Bewegung zu machen, standhaft blieb. So lieb er sein Volk hatte, so hielt er sich doch fern von diesem Haßgewoge, mit dem man damals seinen Bedenken gegenüberstand. Jesu Streben galt der Aufrichtung eines anderen Reiches, und seine Waffe in diesem Kampf war ein anderes Schwert, das Schwert der Wahrheit und des unerschrockenen Gottesgeistes. Für dieses Reich und mit diesem Schwert will auch der Pazifismus kämpfen. Wem das als Torheit erscheint, den möchte ich darum erinnern, daß auch anderen Menschen und sehr früh schon das Christentum eine Torheit erschien, daß unser Glaube aber der Sieg ist, der die Welt überwunden hat und noch weiter überwinden wird.

Jungdo und Volksgemeinschaft.

§ 5, Absatz 2 der Ordenssatzungen sagt so wunderschön: „Der Orden will, auf der in den Stürmen des Krieges erprobten Kameradschaft und Manneszucht weiterbauend, frei von Standes- und Parteigegensätzen, für die gegenseitige Achtung und Versöhnung aller gut deutschgesinnten Männer wirken und den unseligen Zwiespalt, Neid und Haß bekämpfen, der heute selbst die Besten des Volkes entzweit."

Und die Praxis? Wo ist im „Jungdeutschen" die Freiheit von Parteigegensätzen zu finden, wo etwas von gegenseitiger Achtung und Versöhnung aller gut deutsch gesinnten Männer? Sind etwa diese gut deutsch gesinnten Männer nur in gewissen Parteien zu finden, vielleicht nur in der deutschnationalen, deutschvölkischen und ebenfalls noch in der Deutschen Volkspartei? Danach hört es aber bestimmt auf. Alles, was weiter links sitzt, darf nicht mehr den Anspruch darauf erheben, deutsch gesinnt zu werden. Ich glaube, ich brauche das nicht weiter zu belegen. Die Feindschaft gegen Demokratie und Sozialdemokratie spricht fast aus jeder Seite des „Jungdeutschen". Nun, ich kenne Männer, zu denen ich mit der größten Ehrfurcht und Hochachtung emporschaue, Männer, die meine Lehrer auf deutschen Hochschulen, in evangelisch-theologischen Fakultäten gewesen sind, deren Herz voll glühender Liebe zum deutschen Vaterlande ist und die Demokraten sind.

Im übrigen steht in § 4 der Ordensverfassung der Satz: „Der Jungdeutsche Orden steht auf dem Boden der Verfassung." Für einen schlicht und ohne Hintergedanken Denkenden bedeutet das aber nicht den Kampf gegen die Verfassung.

Artikel 1 der Reichsverfassung lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Steht der Jungdeutsche Orden auf dem Boden dieses Artikels?

Artikel 3 lautet: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold." Bekämpft der Jungdeutsche Orden nicht diesen Artikel?

Entweder ist der Satz: „Der Jungdeutsche Orden steht auf dem Boden der Verfassung" nur deshalb in die Ordensverfassung aufgenommen, um dem Orden die Möglichkeit seines Bestehens in der deutschen Republik zu verschaffen, ohne daß der Orden sich in Wirklichkeit nach dem Satz richtet, so ist das eine Kampfesweise, die nicht ritterlich ist, oder es ist dem Orden Ernst damit, dann betreibe man nicht den Kampf gegen die Verfassung.

Kein den Ordensschild und offen das Visier! Will der Orden die demokratische Staatsform bekämpfen, dann bringe er es in seiner Verfassung zum Ausdruck, andernfalls betreibe er eine Arbeit, die die Mitarbeit demokratischer Kräfte zum Aufbau der Volkseinheit anerkennt.

Sehr geehrter Herr! Als ich diesen Brief zum erstenmal durch den „Jungdeutschen" an Sie richten wollte, war ich von dem Wunsche beseelt, dem Orden zur Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft die Wege zu weisen. Dieses ist auch heute noch mein Wunsch, wenn ich auch inzwischen durch das Verhalten der Hauptschriftleitung des „Jungdeutschen" mich genötigt gesehen habe, meine Beziehungen zum Orden zu lösen. War mir doch von der Hauptschriftleitung als Mitglied der Ordensleitung der Ausschluß aus dem Orden angedroht worden, falls ich es unternehmen sollte, diesen Brief in einer anderen Zeitung als dem „Jungdeutschen" zu veröffentlichen.

Ich bitte Sie nun um öffentliche Stellungnahme zu diesen Fragen.

Die Lage des Stellenmarktes

hat sich nach einem Bericht der Reichsstellenverwaltung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Geschäftsstelle Halle a. S., gegen den Vormonat im allgemeinen nirgends gebessert, wohl aber in Essen, Hannover, Königsberg i. Pr. und München noch etwas verschlechtert. Nur Köln berichtet von einer leichten Belebung. In Berlin und Mannheim sind weitere Kündigungen von Bankbeamten vorgenommen worden. Ferner ist Angestellten im niederrheinischen Bergbau, bei Krupp in Essen, beim Phönix in Düsseldorf sowie in Schiffahrts- und Speditionsgeschäften in Hamburg gekündigt worden. Die Nachfrage nach jüngeren Kontoristen mit guten Kenntnissen, namentlich nach Stenotypistinnen beiderlei Geschlechts ist in den Großstädten recht gut. Köln und Leipzig berichten schon über Mangel an solchen Kräften. Auch an Verkäufern und Dekorateuren der Textilbranche, insbesondere der Manufakturwarenbranche, herrscht fast überall gute Nachfrage. Aus Hamburg und Königsberg i. Pr. wird allerdings ein Nachlassen in der Nachfrage dieser Kräfte gemeldet. Eisenwarenverkäufer wurden in Leipzig und Lebensmittelverkäufer in Nürnberg rege gesucht.

Nur rechtzeitige Erneuerung

des Abonnements für den nächsten Monat
bei einem Postamt
oder bei einem Briefträger
sichert
unseren Lesern die
ungestörte Weiterlieferung
des
„Politischen Wegweiser"

Für Bestellungen, die nach dem 25. eines Monats beim Postamt aufgegeben werden, erhebt dieses eine Sondergebühr von 20 Pfg.

Ausschneiden! Ausschneiden!

An die **Postanstalt**

Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen!

Ich bestelle hiermit ..... Exemplar **„Politischer Wegweiser"** Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland für Monat Mai 1925 und bitte, den Bezugspreis von monatlich 55 Pfennig zuzüglich 10 Pfennig Postgebühr von mir einzuziehen

Name .....
Ort .....
Straße .....

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Kochanski. Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil: Rudolf Sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250416-11/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Donnerstag. — **Bezugspreis:** 55 Goldpfennig monatlich zuzügl. 10 Pfg. Postzustellungsgebühr. — Bestellungen auf den „Politischen Wegweiser" nehmen alle Postämter und der Verlag Halle a. S., Leipzigerstr. 21, entgegen. — Streits, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verspätung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zweigespaltene Nonpareille-Zeile 20 Goldpfg. — Im Reklameteil 1 Mk. — Anzeigen-Annahme durch Annoncen-Expedition Rud. Kochanski, Halle a. S., Wörthstr. 16. Tel. 2788. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle a. S., Leipzigerstr. 21. — **Schriftleitung:** Halle a. S., Leipzigerstr. 21. Tel. 1277. — **Druck:** Buchdruckerei der Hallischen Nachrichten, Gr. Ulrichstr. 16.

Nummer 6 | Halle (S.), Donnerstag, 16. April 1925 | 1. Jahrgang

Marx ist der Hüter der Einheit und Verfassung.

Es geht um Demokratie oder Klassenstaat, um Republik oder Monarchie.

Trotz alledem — für Marx!

Von

Professor D. **Baumgarten**, Kiel.*)

Der verdiente und über ganz Deutschland hin verehrte Kieler Theologe und Universitätsprediger bespricht hier mit befreiender Offenheit die Gewissensbedenken, die in manchen evangelischen und kulturell liberalen Kreisen durch die Kandidatur Marx hervorgerufen werden. Daß er seinerseits zu einer Ueberwindung dieser Bedenken sich durchgerungen hat, das wird bei dem Ansehen, das sich Professor Baumgarten in Vorkriegsjahrzehnten durch seine führende Tätigkeit im Evangelischen Bund und in der alten Nationalliberalen Partei erworben hat, nicht leicht ins Gewicht fallen.

Schriftl.

Eben zurückgekehrt von einer Reise nach Süddeutschland, trifft mich die Parole: Marx republikanischer Einheitskandidat! wie eine ungeheure Zumutung. Nicht bloß in Württemberg, wo das Zentrum in der Beseitigung des Ministeriums Hieber und im gemeinsamen Kampf mit den Deutschnationalen gegen die Demokratie Außerordentliches geleistet hat, auch in Baden und Bayern ist mir in protestantischen freisinnigen Kreisen die fast einheitliche Auffassung begegnet: die Zumutung, den Vorkämpfer der ultramontanen Kulturpolitik zu wählen, ist kaum tragbar.

Man erinnerte mich daran, daß Held bei der entscheidenden Verhandlung über das bayrische Konkordat sich darauf berufen hatte, Marx, der damalige Reichskanzler, habe die Vereinbarkeit des Konkordats mit der Reichsverfassung bestätigt, so daß man also von dem bewährten Führer in katholischen Schulfragen nichts anderes erwarten darf, als die Verwertung seiner hohen Stellung zur Propaganda von Konkordat, von Herrschaft des Priestertums über die Schule. Man behauptet in Baden, daß man genügende Erfahrungen gemacht habe mit der Ausnutzung der Vormachtstellung des Zentrums in der Besetzung von höheren Schul- und Richter- und Beamtenstellungen. Man bestritt, daß zumal im Abbau von protestantischen Direktoren in Baden wie im Rheinland nur eine Wiedergutmachung früherer Benachteiligung des katholischen Volksteils durch die vermeintlich überlegene protestantische Kultur erstrebt sei. Ohne die Behauptungen nachprüfen zu können, mußte ich doch den Eindruck zugeben, daß auf den berührten Gebieten das Zentrum die von den Protestanten durch ihre überwiegende Ablehnung von Republik und Demokratie mitverschuldete Vorherrschaft gründlich zur Unterwerfung der Schule, der Verwaltung und des öffentlichen Lebens unter den katholischen Geist ausgenützt hat. Es ist keine Frage, daß auch in Kreisen, die dem Evangelischen Bund und seiner jetzigen, den konfessionellen Gegensatz unerfreulich verschärfenden Leitung fernstehen, die Empfindlichkeit der Protestanten gegen die deutlich vordringende Macht des Katholizismus sich mehr und mehr ausbreitet. Und nun sollten wir dem katholischen Prestige eine so mächtige Förderung verschaffen, der Durchführung des Konkordats und der katholischen Schulideale im Reich solchen Vorschub leisten, daß wir dem Reichspräsidenten Ebert den Vorkämpfer und Exponenten der katholischen Kultur zum Nachfolger geben? Ich habe nicht wenige gut demokratische Freunde diese Zumutung als unerträglich bezeichnen hören.

Daß von dieser mehr noch stimmungs- als urteilsmäßigen Stellungnahme manches berechtigt ist, sollten sich auch die Zentrumsleute klar machen. Sie darf nicht leicht genommen werden. Wir hätten in der Tat gewünscht, daß den so gestimmten Kreisen diese Zumutung, die sie in einen Konflikt zwischen ihrem protestantisch-kulturellen und ihrem demokratisch-republikanischen Gewissen bringt, erspart würde. Aber wir möchten uns mit ihren Bedenken in folgendem auseinandersetzen.

Einmal dürfte unseres Erachtens jedem gerecht denkenden und objektiv urteilenden Deutschen die Anerkennung der staatsmännischen Verdienste Marx' in der auswärtigen wie in der inneren Politik, in der charaktervollen Durchführung der unbedingt notwendigen Erfüllungs- wie der über Bürgerblock und Volksverfassung hinausführenden inneren Versöhnungspolitik zugemutet werden. Wenn wir an Ebert die taktvoll zurückhaltende, aber innerlich feste und zielsichere Haltung rühmten, so werden wir in Marx den würdigen Nachfolger Eberts sehen dürfen. Wir haben uns hoffentlich die vor dem Krieg in unseren Kreisen übliche Bearzwöhnung der nationalen und patriotischen Gesinnung der Zentrumsführer, als Folge auf den ultramontanen Einstellung in Kulturfragen notwendig nationalpolitischer Unzuverlässigkeit, inzwischen abgewöhnt. Es war anderes ist, wenn wir mit der Gebundenheit des überzeugten Katholiken an das katholische, antiprotestantische Kulturideal rechnen.

Hat nun aber Marx nicht vielfach bewiesen, daß er seinen Dienst an Volk und Vaterland wie Ebert überparteilich und überkonfessionell aufzufassen gelernt hat? Gewiß ist es für einen überzeugten Anhänger einer Partei, deren Ziele er als die allein heilsamen hochhält, überaus schwer, aus seiner Parteihaut herauszukommen, und unbewußt richtet er sich nach den lebenslang befolgten Idealen. Aber zu der Gewissenhaftigkeit und Gerechtigkeit des durchgebildeten staatsmännischen Charakters darf das Vertrauen gehegt werden, daß er, dem Vorbild Eberts folgend, sich aller Begünstigung seiner Partei und ihrer besonderen Ziele mit äußerstem Fleiße enthalten wird. Es dürfte auch von unserer Parteileitung aus dem Kandidaten nahegelegt werden, in dieser Beziehung bindende Zusagen zu geben.

Vor allem aber müßte der stimmungsmäßigen Unbehaglichkeit eine ruhige Erwägung dessen entgegengestellt werden, was ein Reichspräsident in seinem fest umgrenzten Amt schlimmstenfalls für seine Sonderinteressen leisten kann. Er muß sich — das hat Eberts Vorgang bewiesen — ungemein hüten vor jeder Bearzwöhnung seiner unparteiischen Regierungsführung; ja er muß sich gegen Zumutungen seiner nächsten Freunde spröder verhalten, als gegen solche ihm fernerstehender Leute. Marx kann am allerwenigsten vergessen, mit wie großem Argwohn er zu kämpfen hat. Er kann auch gar nicht beliebig eingreifen in die aktuelle Politik, für die allein der Reichskanzler verantwortlich ist, und bei dessen Berufung die parlamentarische Situation ausschlaggebend ist. Man kann sogar behaupten, daß er gegen seine eigene politische Gesinnung, für seine eigene Partei und Weltanschauung als Parteipolitiker kaltgestellt ist.

Wer nun davon überzeugt ist, daß bei der ersten Wahl des Reichspräsidenten in erster Linie darauf ankommt, einen unbedingt zuverlässigen, auch im Ausland als zuverlässig anerkannten Vertreter der Demokratie und Republik, der Arbeiterschaft wie Bürgerschaft umfassenden Volksgemeinschaft durchzusetzen, einen bei vielen trefflichen menschlichen und parteipolitischen Eigenschaften doch in seiner demokratischen, sozialen und republikanischen Zuverlässigkeit mit Recht beanstandeten Kandidaten fernzuhalten, der wird, nachdem nun einmal Marx als der allein mögliche Sammelkandidat der Verfassungstreuen bezeichnet ist, im Vertrauen zu seiner demokratisch-republikanischen Grundhaltung, zu seinem staatsmännischen Takt und zu seiner beherrschten staatsmännischen Klugheit alle konfessionellen und kulturpolitischen Bedenken überwinden und alles aufbieten, um dem hochverdienten und vielbewährten Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zum Sieg zu verhelfen.

*) „Frankfurter Zeitung", 7. April 1925.

Ein Aufruf des Volksblocks.

Vom Volksblock wird folgender Aufruf verbreitet: „An die Parteien des Volksblocks! Die Stunde der Entscheidung naht. Alle Kräfte müssen zusammengefaßt werden, um am 26. April einen glänzenden Sieg zu erringen. Es werden daher die Parteien des Volksblocks und die republikanischen Organisationen im ganzen Reiche aufgefordert, sich zusammenzuschließen und den Kampf für die Kandidatur Marx gemeinsam zu führen. Im Zusammenschluß liegt die Stärke, im einheitlichen Vorgehen die Kraft. Die Parteien des Volksblocks dokumentieren durch das gemeinsame Vorgehen das große Ziel, das sie verfolgen: für das Vaterland, für den Volksstaat, für die Republik! Schließt euch daher gemeinsam mit den verfassungstreuen Organisationen zusammen, bildet örtliche Ausschüsse, denn nur Geschlossenheit im Kampfe verbürgt den Sieg.

Der Volksblock."

Ein Ostergruß.

Von

Wilhelm Marx,

ehemaligem Reichskanzler,

Präsidentschaftskandidaten des Volksblocks.

Das Vertrauen weiter Volkskreise hat mir die Kandidatur für die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angeboten. Ich bin diesem Ruf gefolgt im vollen Bewußtsein, daß dieser Wahlkampf nicht nur um das höchste, sondern auch um das schwerste und verantwortungsvollste Amt der deutschen Republik geführt wird.

Ich sehe in dem frei gewählten Staatsoberhaupt das Sinnbild, aber auch den Hüter der deutschen Volkseinheit. Diese Einheit darf sich nicht in sprachlicher und staatlicher Gemeinschaft erschöpfen. Einheit des Geistes aber ist Uebereinstimmung Aller über die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens im eigenen Volk und über die Ziele für das Zusammenwirken mit allen anderen Völkern.

Die Grundlagen der sozialen Gemeinschaft im Volke aber scheinen mir zu sein: Freiheit des Einzelnen und Pflicht gegen die Gesamtheit. Wer sich dieser Pflicht bewußt ist, wird ethisch handeln, und innerhalb dieses Rahmens darf es keinem Einzelnen und keiner Gruppe verwehrt sein, nach freiem Ermessen seinem religiösen Bekenntnis zu folgen.

Ein Volk, das von diesem Geist erfüllt ist, wird ohne Schwanken auch das richtige Verhältnis zu den anderen Völkern finden. Und hier hat das deutsche Volk zwei Aufgaben: es muß seine Freiheit erringen, um dann seine Pflicht gegen die Gesamtheit, die Menschheit, zu erfüllen und erfüllen zu können.

Die deutsche Verfassung, die der Präsident des Reiches beschwören muß, zeigt den Weg, das alte schwarz-rot-goldene Symbol großdeutscher Einheit das Ziel: die Freiheit Deutschlands und die Mitarbeit dieses freien Deutschlands an einer glücklicheren europäischen Zukunft.

Das deutsche Volk wird die Bestätigung seines berechtigten Selbstbewußtseins und die Erfüllung seiner nationalen Bestimmung künftig darin suchen, daß es mit anderen Völkern Achtung um Achtung tauscht.

Die Zeit, in der wir leben, ist nicht nur eine Zeit des Leides, sondern auch der [illegible] österliche Zeit. Millionen [illegible] suchen nach Verständnis, verlang[illegible] auch bereit, neuer Führerschaft [illegible] ken. Aber Millionen Herzen, [illegible] lichen befangen und gefangen [illegible] wieder den Weg aus den Wir[illegible] Daseins zur höheren Erkenntnis [illegible] und Sehnen nun auch seine [illegible] jetzt, wo es die höchsten Leben[illegible] der Nation gilt. Nicht um der [illegible] um der Nation willen.

Mögen Freiheit und [illegible] über alle Interessen und Partei[illegible] nis des ganzen deutschen Volk[illegible] Ziel mitzuwirken, ist mein ganz[illegible] der Wille und das Vertrauen [illegible] mag.

Der Kandidat des Rechtsblocks

Von

Erich Koch (Weser),

M. d. R.,

1. Vorsitzender der D. D. P.

Das Unglaubliche ist wahr geworden. Der Rechtsblock hat als seinen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl den Generalfeldmarschall von Hindenburg aufgestellt. Das ist eine Kandidatur, die der Volksblock vom Standpunkt politischer Taktik aus gern sehen wird, die er aber, wie jeder Patriot, vom nationalen Gesichtspunkt aus bedauern muß.

Das deutsche Volk ist politisch zerrissen. Wer sich politisch herauswagt, wird von der gegnerischen Presse öfter, als es gut ist, nicht nur in seinen Fähigkeiten, sondern auch in seinem Charakter und in seinem moralischen Ansehen verrissen. Nur wenige Männer stehen dem ganzen Volke verehrungswürdig vor Augen, nur wenige stehen auf so ruhiger, abgeklärter Höhe, daß sie der Lärm und der Zank des Tagesgewühls nicht erreicht. Zu diesen Männern gehört in erster Linie Hindenburg. — Aber wenn sie herabsteigen in den politischen Kampf, so wird zwar kein anständiger Gegner sie schmähen oder verspotten, aber er wird ernsthaft fragen müssen, ob sie für die Stelle, für die sie bestimmt sind, geeignet und noch geeignet sind. Und mit Wehmut und Bitterkeit wird man feststellen müssen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg in die Lage gebracht wird, sich um ein Amt zu bewerben, das er nicht mehr so ausfüllen kann, wie es das Wohl des deutschen Volkes verlangt. Gerade wer in dem Reichspräsidenten nicht eine bloße Präsentationsfigur, sondern ein wertvolles Korrelat zu einer einseitigen und übertriebenen Parlamentsherrschaft sieht — diese Auffassung entspricht der deutschen Verfassung —, wird wünschen müssen, daß ein Mann, der das politische Leben kennt, und sich in die heutige Zeit hineinzuversetzen vermag, dieses Amt bekleidet. Hindenburg wird in diesem Amt eine Präsentationsfigur bleiben oder seine Autorität verbrauchen. Es bleibt ein schweres Unrecht an Hindenburg und am deutschen Volke, ihn zum Träger dieser Kandidatur zu machen.

Taktische Gründe würden sonst dem Volksblock diese Kandidatur erfreulich erscheinen lassen müssen. Die Zeiten von 1919, wo das deutsche Volk glaubte, daß ein bewährter General sein Schicksal zum Besseren [illegible] vorüber. Hindenburg ist der Mann [illegible] chen aber einen Mann des Jetzt. [illegible] hat begriffen, daß es kein Zurück [illegible] daß wir auf neuen Wegen wandeln [illegible] der letzten sechs Jahre verwerten [illegible] s schreiten zu können. Alle Be[illegible] en gingen bei der Aufstellung der [illegible] ahin, daß Jartes auf dem Boden [illegible] ltnisse stehe und auf ihm fort[illegible] f man dasselbe dem Generalfeld[illegible] burg wirklich zumuten?

[illegible] st, daß Hindenburg der Kandidat [illegible] n ist. Will man wirklich noch be[illegible] Kandidatur, die die Deutschnatio[illegible] sche Volkspartei aufgestellt und die [illegible] olkspartei nach langen Verhand[illegible] Parteien aufgezwungen haben, [illegible] kandidatur sei? Niemand wird es [illegible] g wird aus einem Mann des [illegible] er Rechten.

[illegible] es sich im ersten Wahlgange um [illegible] ßler handelte, da hörte man aus [illegible] n der Deutschen Volkspartei da[illegible] e Bedenken. Sonderbar genug, [illegible] bei der Wahl des obersten Füh[illegible] Volkes erhoben wurden, während [illegible] s als vaterlandslos ausgelegt [illegible] t der Auswahl von Ministern, die [illegible] n Auslande zu verhandeln hatten, [illegible] die Verhandlungsfähigkeit solcher [illegible] nd verlangten. Aber sollten die[illegible] damals einen Reichspräsidenten [illegible] sich nicht nur auf die Parteien der [illegible] ch auf Demokraten und Zentrum [illegible] enpolitisch bedenklich ansehen, der [illegible] sparteien gewählten Feldmarschall von Hindenburg für außenpolitisch unbedenklich ansehen? Wir sehen in dieser Hinsicht einem neuen außenpolitischen Gutachten der maßgebenden Stelle mit großer Spannung entgegen. — Die Antwort der Volkspartei wird allerdings sein, daß sie nicht anders gekonnt hat, und darin hat sie recht. Man versucht nicht ungestraft, Politik mit Leuten zusammen zu machen, mit denen sich heute schlechterdings noch keine vernünftige Politik machen läßt. Die Deutsche Volkspartei ist, seitdem sie die Politik der Mitte, die sie maßgebend beeinflussen konnte, preisgegeben hat, so sehr der Gefangene der Rechten geworden, daß man sie kaum noch für ihre Handlungen verantwortlich machen kann.

Das deutsche Volk aber wird es beklagen, daß parteipolitischer Fanatismus ihm und dem deutschen Reich wiederum die Fensterscheiben zerschlägt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19250416-11/fragment/page=0005